



Ausschuss für Schule und Bildung

93. Sitzung (öffentlich)

14. April 2021

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:03 Uhr bis 12:25 Uhr

Vorsitz: Kirstin Korte (CDU)

Protokoll: Sitzungsdokumentarischer Dienst

Verhandlungspunkt:

**Gesetz zur Sicherung von Schul- und Bildungslaufbahnen im Jahr 2021
(Zweites Bildungssicherungsgesetz)**

3

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/13092

Änderungsantrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/13188

– Anhörung von Sachverständigen (*s. Anlage*)

* * *

**Gesetz zur Sicherung von Schul- und Bildungslaufbahnen im Jahr 2021
(Zweites Bildungssicherungsgesetz)**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/13092

Änderungsantrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/13188

– Anhörung von Sachverständigen (s. *Anlage*)

Vorsitzende Kirstin Korte: Guten Morgen, liebe Kolleginnen und Kollegen. Ein ganz herzliches Willkommen gilt unseren Damen und Herren Sachverständigen hier im Saal und denen, die online zugeschaltet sind. Ich würde mich freuen, wenn der WDR und die Pressevertreter jetzt Verständnis dafür haben, dass wir unsere Sitzung beginnen und sie somit bitte den Raum verlassen mögen. Das ist prima, herzlichen Dank dafür.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich darf Sie ganz herzlich zu unserer heutigen Anhörung begrüßen.

Wie allgemein bekannt, hat der Ältestenrat beschlossen, dass wir uns in Präsenz in einem gewissen Rahmen treffen können, aber auch die Möglichkeit haben, Damen und Herren online zuzuschalten. Das ist der Fall. Wir haben Kolleginnen und Kollegen, die uns über den Stream begleiten, aber auch sachverständige Damen und Herren, die wir hier im Plenarsaal zugeschaltet haben.

Meine Damen und Herren, in der jeweiligen Heimat, wir freuen uns, dass Sie uns zumindest technisch jetzt folgen können. Ich bitte um Verständnis – das sage ich ganz egoistisch –, wenn der Aufruf der Sachverständigen nicht ganz reibungslos klappt, weil es etwas schwierig ist. Hinter mir auf der Leinwand sehen Sie die Zugeschalteten, ich kann sie jedoch nur auf dem kleinen Monitor vor mir wahrnehmen. Daher bitte ich um Verständnis, wenn das nicht ganz so exakt klappt, wie es eigentlich zu erwarten ist.

Ich darf noch auf die Maskenpflicht im Landtagsgebäude hinweisen, hier im Plenarsaal sind wir durch die Plexiglaskäfige voneinander getrennt. Sie können auf die Masken, wenn Sie mögen, verzichten, das ist aber Ihre persönliche Entscheidung. Ich bitte Sie herzlich, die Plätze nicht zu wechseln, weil das eine aufwendige Reinigung zur Folge hätte.

Des Weiteren darf ich die Kolleginnen und Kollegen bitten, sich in die blaue Unterschriftenliste, die in gewohnter Weise umhergeht, einzutragen.

Wir haben uns in diesem Ausschuss darüber vereinbart, dass es keine Eingangsstatements der Sachverständigen gibt, wir aber die Möglichkeit hätten, von Ihnen ein Abschlussstatement zu hören, wenn Sie es denn möchten.

Ich möchte ganz ausdrücklich darauf hinweisen, dass pro Fragerunde eine Frage gestellt wird, die maximal an drei Sachverständige gerichtet ist. Die Kolleginnen und Kollegen darf ich bitten, klar zu adressieren, an wen die Fragen gehen.

Aufgrund der Vielzahl der eingeladenen Damen und Herren müssen wir wieder Disziplin walten lassen. Daher die herzliche Bitte an die Kolleginnen und Kollegen, präzise zu fragen und zu adressieren, und die Damen und Herren Sachverständigen bitte ich, bei den Antworten die Zeit von drei Minuten unter keinen Umständen zu überschreiten. Sollte es doch geschehen – ich habe heute keine gelbe Karte mit –, nehme ich eine bunte Mappe, mit der ich dann wedeln würde.

Ich darf auch die Gruppierungen, die mit zwei Personen gekommen sind, bitten, sich auf eine Person, die dann antwortet, zu einigen. Ansonsten haben wir eine zu große Vielzahl an Sachverständigen. Ich denke, Sie werden das nachvollziehen können, dass wir die Zeit ein bisschen im Auge behalten müssen.

Ganz viel Vorrede. – Das war meine Arbeit. Jetzt kommt Ihre. Ich sage Start frei für die erste Wortmeldung. Ich sehe die erste von Herrn Ott. Herr Ott, Sie können gerne starten.

Jochen Ott (SPD): Guten Morgen, Frau Vorsitzende, herzlichen Dank. Guten Morgen auch an alle Sachverständigen. Danke schön, dass Sie heute hier sind. Ich möchte in meiner ersten Frage die Landeselternschaft der integrierten Schulen, die Landeselternkonferenz und die Landeschüler*innenvertretung befragen.

Meine Kollegin Frau Eva-Maria Voigt-Küppers, die heute aufgrund eines Trauerfalls nicht hier sein kann, und ich haben eine kleine Anfrage gestellt und haben von der Landesregierung eine Antwort mit folgender Vorbemerkung bekommen: Die Landesregierung kommuniziert klar, rechtssicher, umfassend und zeitgerecht. Sie koppelt sich engmaschig mit denen am Schulleben beteiligten Organisationen und Verbänden rück.

Das sind die ersten beiden Sätze. Ich würde gerne Eltern und Schüler fragen, ob Sie angesichts des vorgelegten Gesetzes zur Sicherung von Schul- und Bildungslaufbahn den Eindruck haben, dass das so ist, wie die Landesregierung es selbst beschreibt, oder ob Sie da eine andere Wahrnehmung haben.

Vorsitzende Kirstin Korte: Herzlichen Dank, Herr Ott. – Die erste Antwort bekommen wir von Herrn Radke. Herr Radke, bitte.

Ralf Radke (Landeselternschaft der integrierten Schulen in NRW e. V. [per Video zugeschaltet]): Guten Tag, Frau Vorsitzende. Die Einschätzung, die wir als Eltern haben und die wir als Verband rückgemeldet bekommen, weicht ein gewisses Grad von dem ab, was Sie gerade zitiert haben. Die Vorlage entspricht nicht dem Erfahrungshorizont, den wir als Eltern an den Schulen machen.

Der Gesetzentwurf, so wie er vorliegt, rollt viele Regelungen, die im letzten Jahr im Rahmen des Ersten Bildungssicherungsgesetzes eingeführt wurden, wieder zurück. Es wird gerade so getan, als wäre Corona vorbei. Das ist genau das, was wir draußen nicht vernehmen. Die Eltern haben Angst. Sie sind zerrissen zwischen der Angst um die Gesundheit ihrer Kinder und um die Angst davor, dass Bildungsnachteile für ihre Kinder entstehen. Diese Angst sehen wir weder vom Ministerium noch von den Schulen vor Ort aufgegriffen. Die Eltern fühlen sich weitestgehend alleingelassen, sie sind

nicht nur enttäuscht, sondern größten Teils stellt sich bei ihnen auch eine gewisse Wut ein.

Ich komme nun zum Wechselunterricht bzw. Distanzunterricht. Es gibt Lehrer, die hervorragenden Distanzunterricht machen, aber es gibt auch Lehrer, die nur einmal in der Woche Aufgabenzettel per Mail schicken. Die Eltern sind auch entsetzt und wütend über Schulleitungen – nicht über alle Schulleitungen –, die im Wesentlichen die Vorgaben, die vom Ministerium gemacht werden, so umsetzen, wie es ihnen anscheinend bequem ist, und nicht nach den Bedarfen, die in den Familien bestehen, fragen. Wie gesagt, das betrifft nicht alle Schulleitungen, aber es gibt viele Schulen, bei denen es so ist.

Die Eltern sind auch in gewisser Weise wütend auf die Ministerin und ihre Mitarbeiter, die aus Sicht der Eltern seit einem Jahr auf Sicht fahren. Sie sind wütend darüber, dass in diesem Jahr nichts geschehen ist. Wir haben immer noch die Situation, dass wir keine glaubhafte Sicherung des Infektionsschutzes in den Schulen haben, wir haben keine Planungssicherheit, wir haben kein vorausschauendes Handeln.

In vielen Punkten, das spiegelt sich auch in diesem Gesetz wider, gerade was die Abschlüsse, das Abitur und die ZP10 angeht, werden die Leistungen, die unsere Kinder in diesem schwierigen Jahr erbringen, nicht entsprechend wertgeschätzt, und es wird den Kindern nicht die Möglichkeit geben, einen sicheren, fairen und angemessenen Prüfungsprozess in diesen Zeiten zu durchlaufen.

Vorsitzende Kirstin Korte: Herzlichen Dank, Herr Radke. – Frau Staar setzt nun mit der Beantwortung fort.

Anke Staar (Landeselternkonferenz NRW): Vielen lieben Dank, Frau Korte. Verehrte Damen und Herren, ich fange etwas anders an. Natürlich ist uns allen klar, dass wir eine erschwerte Situation haben. Trotzdem haben wir als Verbände immer wieder kritisiert, dass uns bei den Gesprächen eingangs etwas fehlt. Das heißt, die Einladungen erfolgen meistens etwas kurzfristig, und uns liegen wenige Grundlagen für das vor, was in diesen Gesprächen eigentlich entschieden werden soll. Wir laufen immer wieder in ein offenes Messer hinein. Wir werden zwar gefragt, wie wir zu verschiedenen Positionen und Situationen stehen, die eigentlich erst an dem Tag stattfinden, und können uns dann auch ziemlich klar positionieren, was wir auch tun. Trotzdem fehlen uns im Vorfeld die Unterlagen zu den Themen, um die es eigentlich konkret geht.

Wir kommen dann zu Einschätzungen – ich habe häufig das Gefühl –, zu einem großen Schulterschluss, was Lehrgewerkschaften, Schülervvertretungen oder auch Rektorenverbände von sich geben, zum Beispiel auch über die Einschätzung zur Prüfung oder anderen Verfahren, wo wir zumindest das Gefühl haben, dass es von der Mehrheit getragen wird. Wir erleben häufig doch eine empathische Ministerin und wundern uns dann häufig, dass 24 Stunden später, nachdem wir diese Runde verlassen haben, es zu ganz anderen Entscheidungen kommt. Das ist für uns stellenweisen nicht mehr nachzuvollziehen, wer wo die Strippen zieht, wenn am Ende des Tages nicht das, was eigentlich in den Gesprächen zusammen versucht wurde zu klären, um den Weg im Interesse der Schulen, der Eltern und für die Schüler*innen zu finden, sondern wir

dann mit einem enttäuschten Gefühl zurückbleiben und die Ministerin wiederum enttäuscht ist, wenn wir tags darauf, wenn die Schulmail verteilt wird, die Beschlüsse kritisieren. Da fehlt uns das Verständnis. Es mag sein, dass die KMK eine so große Übermacht hat und auf Landesentscheidungen Einfluss nimmt oder dass es in der Regierung passiert. Auf jeden Fall kommt am Ende des Tages nicht das heraus, was wir uns alle gefühlt mehrheitlich gewünscht haben.

Durchaus ist es so, dass es nicht die eine Elternmeinung, die eine Verbandsmeinung gibt, aber doch immer sind wieder große Schnittmengen festzustellen.

Bei den Bedarfen der Schulen, aber auch der Eltern und Schulen stellen wir fest, dass immer große Fragezeichen und Baustellen bleiben. Je mehr par ordre du mufti von oben als Diktat hereingeben wird desto größer scheint der Unmut und die Wut an der Basis zu werden.

Uns fehlt, und das haben wir schon mehrfach gesagt, die Entscheidung vor Ort, die Beteiligung vor Ort. Es müsste also allen Mitwirkungsorganen vor Ort mehr Entscheidungskompetenzen eingeräumt und ihnen wirklich zugehört werden. Wenn uns eine große Mehrzahl an Eltern, Schülern und auch Lehrern mitteilen, dass es gefühlte große Ungerechtigkeiten gibt, ist es unverständlich, wenn wir immer wieder vom Ministerium erklärt bekommen, es wäre doch jetzt alles in Ordnung und alle hätten doch dieselbe Chance. Diese Chance sehen die Menschen vor Ort nicht mehr. Die Menschen fühlen sich und ihre Kinder im Stich gelassen, weil es so große Unterschiede gibt, dass die meisten nicht mehr von einem regulären Schuljahr ausgehen. Reguläre Bewertungen und Zensurierungen können nicht mehr vorgenommen werden. Das fängt bei den Klassenarbeiten an. Es bleibt das Gefühl zurück, dass man sich zwar in einer Pandemie befindet, der Druck auf die Schülerinnen und Schüler aber gleichmäßig hochgehalten wird. Damit wird man den Sorgen, Nöten und speziell der psychischen Gesundheit der Schülerinnen und Schüler und auch der Lehrkräfte – was wir jetzt auch vermehrt hören – nicht mehr gerecht.

Wir müssen uns fragen, was und warum das passiert. Warum machen wir uns gegenseitig Druck?

(Die Vorsitzende zeigt das Ende der Redezeit an.)

Ich habe beim letzten Gespräch die Ministerin gefragt, warum sie sich das überhaupt antue.

Ein Satz noch: Das verursacht bei uns, bei den Lehrerverbänden und auch bei allen Schulpolitikern – wie ich es höre – ganz viel Stress. Die Wut, die bei uns ankommt, ist in einem so großen Maß, dass sie kaum noch zu ertragen ist. Man hat stellenweise das Gefühl, wir zerbrechen an etwas, was wir nicht mehr schaffen, einzufangen.

Wir würden uns wünschen, ...

Vorsitzende Kirstin Korte: Kommen Sie bitte zum Ende.

Anke Staar (Landeselternkonferenz NRW): dass mehr auf die Bedarfe geschaut wird.

Vorsitzende Kirstin Korte: Vielen Dank, Frau Staar. Ich bitte trotzdem ausdrücklich noch einmal, dass sich die Beiträge wirklich in dem Zeitrahmen halten, ansonsten kommen wir hier ins Schleudern. Ich bitte hier wirklich klar um Verständnis.

Frau Halley, Sie haben das Wort.

Sophie Halley (Landesschüler*innenvertretung NRW): Ich versuche, mich kürzer zu fassen.

Bei dem letzten Verbändegespräch, das am 07.04. stattfand, hatten wir angefragt, wie es mit den zentralen Prüfungen ablaufen soll. Da wurde uns klipp und klar gesagt, es werde dazu auf dem Verbändegespräch keine Äußerung geben. Die zentralen Prüfungen stehen demnächst an. Wir hätten eigentlich schön Äußerungen erwartet, ob diese dezentral erfolgen oder dergleichen.

Bei den Schüler*innen besteht derzeit Panik, wie es weitergehen soll. Von zeitgerecht kann eigentlich kaum die Rede sein.

Klare Infos. – Schulintern gibt es Probleme, die Schulmails zu verstehen und vermeintlich richtig zu interpretieren. Am stärksten ist uns das bei der Schulmail zum Lüften aufgefallen, und zwar weil Lehrkräfte statt alle 20 Minuten kurz das Fenster aufzumachen, teilweise 20 Minuten das Fenster aufhaben, um es dann kurz mal zu schließen. Bei solchen Kleinigkeiten fängt es an, dass diese nicht richtig bei den Schulen angekommen sind. In einigen Klassen ist es so, dass dort die ganze Zeit über das Fenster geöffnet ist und die Schüler*innen in Winterjacke dort sitzen und weiterhin frieren. Da kann von klaren Infos kaum die Rede sein.

Die Probleme der Verbändebeteiligung kann ich meines Erachtens am besten am Beispiel der Begriffsfindung des Terms beschreiben. Am Anfang wurden wir zu Austauschgesprächen eingeladen, da haben wir dann irgendwann angemerkt, dass ein Austausch auch auf Gegenseitigkeit, auf ein Aufeinanderzukommen basiert. Kurz darauf wurde der nächste Termin nicht mehr als Austauschgespräch, sondern als Informationsaustausch deklariert. Die Verbände würden sich ja gegenseitig ihre Informationen mitteilen. Aber auch da haben wir irgendwann gesagt, dass bei einem Informationsaustausch es auch nötig sei, dass Informationen vom Ministerium an uns fließen, damit wir eine Grundlage haben, um die Gespräche führen zu können. Es gibt Entscheidungen, die im Vorfeld eines Verbändegesprächs gefallen sind. Dazu könnten wir uns ja äußern, wenn wir die entsprechenden Unterlagen hätten. Als das gesagt wurde, hießen die Gespräche dann „Verbändegespräche“. Ich denke, das zeigt relativ deutlich, wie diese Gespräche geplant sind.

Ansonsten wird zumindest in der Runde, an der die LSV beteiligt ist, sprich in der Runde mit den Eltern und später mit den gesamten Verbänden, seit Beginn der Pandemie gewünscht, dass jemand vom MAGS dabei ist, damit die entsprechende Expertise abgebildet ist. Dieser Forderung oder diesem Wunsch wurde bis jetzt noch nicht nachgekommen. Das wirkt auch nicht so, als würde dem nachgekommen werden.

Wir als LSV finden es ein bisschen traurig, dass wir nur einen Vertreter hinschicken dürfen, der am Anfang drei bis fünf Minuten Zeit hat, um die Situationen der Schüler*innen darzustellen. Wir sitzen in einem Raum mit teilweise 25 oder mehr Eltern-

verbänden, die jeweils drei bis fünf Minuten Redezeit haben, um die Situation der Eltern darzulegen. Die sprechen natürlich auch aus Sicht der Schüler*innen, aber wir würden es schön finden und haben deswegen schon mehrfach beim Ministerium angefragt, ob es nicht möglich sei, einen zweiten Vertreter zu entsenden, sodass die Schüler*innen sechs bis zehn Minuten bekommen, aber auch das wurde uns verwehrt.

Vorsitzende Kirstin Korte: Vielen Dank, Frau Halley. – Die nächsten Fragen kommen von Frau Schlottmann. Bitte, Frau Schlottmann.

Claudia Schlottmann (CDU): Vielen lieben Dank, Frau Korte. – Ich habe eine Frage, die sich an Frau Mistler, Herrn Christoffer und Herrn Hilbk richtet. Abschlüsse sind für die Zukunft für alle Schülerinnen und Schüler enorm wichtig. Die getroffenen Maßnahmen der Landesregierung und somit das Bildungssicherungsgesetz sollen die Abschlüsse für die diesjährigen Absolventen sichern. Wie bewerten Sie die von der Landesregierung getroffenen Maßnahmen im Gesetzentwurf?

Vorsitzende Kirstin Korte: Vielen Dank. – Frau Mistler, wenn Sie bitte starten würden.

Sabine Mistler (Philologen-Verband Nordrhein-Westfalen): Einen guten Morgen in die Runde. Guten Morgen, Frau Korte. Vielen Dank für die Einladung und die Möglichkeit, als Expertin hier Stellung nehmen zu können. Wir sind sehr froh darüber, dass die Landesregierung, das Ministerium an der Versetzungsentscheidung festhalten möchte. Wir denken, dass dies für die Zukunft der Schülerinnen und Schüler sehr wichtig ist. Es ist sehr wichtig, dass die Abiturprüfungen angepasst wurden. Das Verschieben ist auf der einen Seite begrüßenswert, auch wenn es für die Lehrerverbände nicht einfach war, dem zuzustimmen, da es eine Mehrbelastung für die Lehrerinnen und Lehrer bedeutet, die gerade sehr stark im Zusammenhang mit den Korrekturen unter Druck stehen. Gerade in dieser Zeit ist das nicht unwesentlich.

Wir sind froh darüber, dass die Abiturprüfungsaufgaben durch eine größere Auswahl für die Schülerinnen und Schüler nach unserer Auffassung machbar sein werden, auch zu diesem Zeitpunkt. Wir sind durchaus der Meinung, dass in dem Zusammenhang mit der aktuellen Situation noch einige Informationen, die wir konkret zur direkten Umsetzung vor Ort brauchen, ausstehen. Das gilt auch im Zusammenhang mit den Testungen.

Wir wollen auch darauf hinweisen, dass bei der Versetzungsentscheidung und der Möglichkeit zu wiederholen sowie bei der Möglichkeit, mehr Defizite mit einzubringen, darauf geachtet werden muss, dass wir in den nächsten Jahren sehr intensive und individuelle Förderung brauchen. Wir würden uns wünschen, dass dafür zusätzliches Lehrpersonal zur Verfügung steht, sei es befristet oder unbefristet, einfach zur Unterstützung der Kolleginnen und Kollegen vor Ort.

Vorsitzende Kirstin Korte: Herzlichen Dank, Frau Mistler. – Herr Hilbk würde jetzt bitte fortfahren.

Michael Hilbk (Alexander-Hegius-Gymnasium Ahaus): Guten Morgen, in die Runde, guten Morgen Frau Korte. Ich bedanke mich ausdrücklich, dass ich eingeladen wurde und meine Perspektive zu Ihren Fragen darlegen darf. Grundsätzlich möchte ich unterscheiden, wie die Kommunikation im Hinblick dieser Themen gelaufen ist. Ich denke, es besteht sicherlich Bedarf, vieles nachzujustieren. Ich kann gut verstehen, dass an einigen Stellen Eltern oder Lehrkräfte den Kopf schütteln. Ich denke aber, dass es darauf ankommt, wie die ministeriellen Vorgaben, wie die Vorgaben, die wir in der Gesetzesvorlage finden, auf den unterschiedlichen Ebenen umgesetzt werden. Damit meine ich die Schulaufsicht, die Schulträger und auch die Schulleitungen. Diese Ebenen muss man meiner Ansicht nach immer mitdenken. Das sind zumindest meine Erfahrungen, wenn ich Post aus dem Ministerium bekomme und sich mir die Frage stellt, wie ich mit den für mich großen Herausforderungen umgehen kann.

Zu Ihrer Frage: Ich meine, in dem Gesetzentwurf der Landesregierung sind Maßnahmen angedacht, um pandemiebedingte Nachteile oder Defizite auszugleichen, sie in den Blick zu nehmen bzw. mindestens zu mildern.

Ich fange mal mit dem Abitur an. Für die Abiturientinnen und Abiturienten sind Maßnahmen getroffen worden, die ich richtig finde. Der Aufgabenpool in den Fächern ist erweitert worden, sie haben neun Tage mehr Fachunterricht in ihren Abiturfächern erhalten. Rückblickend betrachtet, haben sie auch angemessen Präsenzunterricht gehabt und – zumindest an meiner Schule – einen Digitalunterricht, den die Schüler in unseren Feedback-Strukturen als sehr hilfreich und als gleichwertig empfinden und von dem sie sagen, dass sie sich in den Tutorien, die sie bekommen, in den Kursangeboten, sehr gut vorbereitet fühlen.

Ich habe gestern eine Besprechung mit Kollegen meiner Schulform im Westmünsterland gehabt. Wir waren einer Meinung, dass uns sehr viele Abiturientinnen und Abiturienten spiegeln, dass sie bereits gut vorbereitet sind und diese neun Tage der Vorbereitung gerne mitnehmen, weil sie, so meine Auffassung, Vertrauen zu ihrer Schule, zu ihren Lehrern haben und darauf vertrauen, dass sie gut vorbereitet sind. Sie üben jetzt Prüfungsformate und tun damit etwas für ihre Nerven. Das ist auch ganz wichtig. Es ist auch wichtig, dass sie sich gemeinsam in der Schule in diesem Rahmen aufhalten dürfen.

Dann komme ich zu Prüfungen im Bereich der Sekundarstufe I. Da meine ich, müsste man sich darüber Gedanken machen, ob rein zentrale Prüfungen wirklich angemessen sind. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass Kinder der Altersstufe der Sekundarstufe I auf einem anderen Niveau der Persönlichkeitsentwicklung, des selbständigen Arbeitens sind, was die eigenen Einschätzungen und das selbstgesteuerte Lernen angeht. Diesen gesamten Bereich trainieren wir, und in der Oberstufe können wir zunehmend davon ausgehen, dass die Jugendlichen, die jungen Menschen das auch beherrschen. Deswegen bin ich der Auffassung, dass die Jugendlichen in der Q1 und Q2 sehr gut vorbereitet sind.

In der Mittelstufe müsste man jedoch darüber nachdenken, nachzusteuern. Ob das nun rein die einzelne Schule mit gestellten Prüfungen machen sollte, finde ich fraglich. Es sollte schon ein gewisser Aufgabenpool zur Verfügung gestellt werden, um die Vergleichbarkeit und Chancengerechtigkeit zu gewährleisten.

Dann zur Erprobungsstufe. Am Ende der 6. Jahrgangsstufe gibt es meines Erachtens Fälle, die in der Beurteilung sicherlich schwierig sind. Auch hier vertraue ich auf die Expertise der Lehrkräfte. Im Gespräch mit den Eltern sehe ich auch gute Chancen, dass man den Bildungsbiografien der Kinder gerecht wird.

(Die Vorsitzende weist auf das Ende der Redezeit hin.)

– Ich hatte es nicht im Blick, dass Sie ...

Vorsitzende Kirstin Korte: Sie haben genau reagiert. Ich danke Ihnen. – Es geht jetzt mit Herrn Christoffer weiter. Bitte.

Sven Christoffer (lehrer nrw): Herzlichen Dank für das Wort. lehrer nrw begrüßt ausdrücklich, dass es in diesem Jahr zu Versetzungsentscheidungen und zur Vergabe leistungsbezogener Abschlüsse kommen wird. Andernfalls würde die Gefahr drohen, dass wir dieses Nichtversetzen nur um ein Jahr verschieben, da zu befürchten ist, dass zumindest ein Teil der Schülerschaft den Lernstoff im Schuljahr 2021/2022 nicht schaffen würde.

Versetzungen und Abschlüsse nicht mit Leistungsanforderungen zu verbinden, würde auch zu einer weiteren Stigmatisierung unserer Schülerschaft führen – Stichwort: Coronageneration. Damit tun wir unseren Schülerinnen und Schülern keinen Gefallen. Ich habe bei meinem letztmaligen Auftreten davor gewarnt, dass aus meiner Sicht zu befürchten ist, dass Fremdzuschreibungen zu Selbstzuschreibungen würden, dass also die intrinsische Lernmotivation nachlassen würde. Dieser Effekt kann eintreten, wenn man immer suggeriert bekommt: Ihr seid eine Coronageneration. – Deshalb werbe ich für Maß und Mitte.

Dazu sehe ich im Entwurf zum Zweiten Bildungsgesetz gute Ansätze wie etwa den Verzicht auf das Verschicken blauer Briefe. Das ist ein angemessener und ausgewogener Nachteilsausgleich. Auch das freiwillige Wiederholen ohne Anrechnung auf die Höchstverweildauer ist ein maßvoller und sinnvoller Nachteilsausgleich.

Eine Unwucht sehe ich beim Festhalten an den zentralen Abschlussprüfungen. Hier würde ich mir wünschen, dass diese durch dezentrale ersetzt würden, und zwar vor dem Hintergrund, dass landeseinheitliche Prüfungsformate voraussetzen, dass es auch landeseinheitliche Präsenzanteile gegeben hat, dass es vergleichbare Unterrichtsinhalte gegeben hat. Davon sind wir weit entfernt. Nicht so sehr in diesem Schuljahr, aber ich verweise auf das letzte Schuljahr, als beispielsweise der Kreis Heinsberg bereits im Februar in den Lockdown gegangen ist. Diese Schülerinnen und Schüler haben natürlich nicht dieselben Unterrichtsinhalte und Präsenzanteile erhalten wie andere, insofern braucht es hier passgenaue Formate. Da würde ich auf die Expertise unserer Lehrkräfte vertrauen. Es ist eine Abwägungsentscheidung: Entweder Festhalten an vermeintlichen Standards oder aber Prüfungsformate, die schülergerecht sind.

Ich würde immer dafür plädieren, den Schülerinnen und Schülern faire Prüfungen anzubieten und nicht so, wie es jetzt vorgesehen ist, den Lehrkräften beispielsweise durch erweiterte Möglichkeiten bei der Beurteilung die Gelegenheit einzuräumen, Dinge wieder geradezurufen. Das halte ich nicht für wertschätzend. Wertschätzend

ist für mich ein faires Prüfungsformat, in dem von Schülerinnen und Schülern die Dinge abgetestet werden, die sie im Unterricht behandelt haben. Fair ist es nicht, zu sagen: Hier sind Aufgaben, die ihr nicht bewältigen könnt, wir werden aber versuchen, das im Nachhinein zu glätten, indem wir bei dem Beurteilungsspielraum Dinge anbieten, die wir sonst nicht anbieten.

Vorsitzende Kirstin Korte: Herzlichen Dank, Herr Christoffer. – Jetzt haben wir das Problem, dass eigentlich Frau Müller-Rech an der Reihe wäre, sie aber gerade den Saal verlassen musste. Wir switchen einfach, und Sigrid Beer startet.

Sigrid Beer (GRÜNE): Herzlich gerne springen wir da für die Kollegin ein.

Vielen Dank für Ihre Stellungnahmen und Ihr Mitwirken bei dieser Anhörung. Ich habe gestern den Agenturen entnommen und es auch nachverfolgt, dass Wissenschaftler der Universitäten Bonn und Osnabrück eine Studie vorgelegt haben, die es sehr deutlich macht, dass schon im ersten Halbjahr dieses Schuljahres große Unterschiede im Unterricht und bei der Teilnahme am Unterricht entstanden sind, in dem Sinne, wie Herr Christoffer das auch schon dargelegt hat.

Der Bildungsforscher Christian Reintjes führt dazu aus: So mussten im Zeitraum nach den Sommerferien 2020 bis kurz vor Weihnachten, als Schulen nach vorangegangener Coronazwangspause landesweit grundsätzlich in den Regelbetrieb zurückkehren sollten, gerade solche Schülerinnen und Schüler besonders häufig in den Distanzunterricht zurück, deren soziale, familiäre, wohnliche, technische Voraussetzungen genau dafür besonders ungünstig seien. – Das zu den Themen „Chancengleichheit und Prüfung“.

Deswegen möchte ich gerne Herrn Tempel, Herrn Willert und Frau Finnern von der GEW fragen: Welche Konsequenzen müssen jetzt in Bezug auf die zentralen Prüfungen gezogen werden, wenn man das, was von den Wissenschaftlern vorgetragen und bestätigt worden ist, ernst nimmt? Die Flexibilisierung der Abschlüsse zum Ende der Sekundarstufe I, bei den Versetzungen und auch in Bezug auf das Abitur ist ja schon angesprochen worden.

Vorsitzende Kirstin Korte: Vielen Dank, Sigrid Beer. – Wir starten mit Herrn Tempel. Herr Tempel, Sie sind uns zugeschaltet. Sie sehen mich nicht winken, ich werde nach drei Minuten ein bisschen „knurren“. Sie haben jetzt das Wort.

Andreas Tempel (Alexander-Coppel-Gesamtschule, Solingen [per Video zugeschaltet]): Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich hoffe, man versteht mich, ich habe keine Rückkopplung. Aber ich nehme an, wenn ich jetzt nicht verstanden würde, würde man mir Rückmeldung geben. Ich habe mir das Handy für die Uhrzeit danebengelegt.

Danke für das Wort. Ich komme aus der Praxis. Ich bin Schulleiter einer großen Gesamtschule in Solingen und kann nur sagen, dass mich einige Dinge, die ich gerade gehört habe, etwas irritieren, andere kann ich sehr unterstützen.

Ich habe gestern noch mit Schülerinnen und Schülern der Q2 intensiver gesprochen, die mir deutlich machten, dass sie große Nöte, Sorgen und Ängste haben, weil nämlich entgegen offiziellen Verlautbarungen nicht fast komplett Präsenzunterricht stattgefunden hat – bei uns auch nicht –, sondern das Virus bestimmt hat, wie es läuft.

Wer bei der Verbändebeteiligung Mitte Juni des letzten Jahres mit der Ministerin, dem Herrn Staatssekretär Richter und anderen aus dem MSB dabei war, der konnte hören, dass ich damals schon dezentrale Prüfungen gefordert habe, sowohl was das Abitur als auch die Zehner-Abschlussprüfung angeht, weil man eigentlich wissen konnte, wie es sich gestalten wird. Und genau an dem Punkt sind wir jetzt.

Für das Abitur ist alles viel zu spät. Da müssen wir so durch, wie es geplant ist, obwohl das nicht günstig ist. Noch vor den Osterferien musste bei uns zum Beispiel der komplette Q2-Jahrgang wegen eines Coronaausbruchs in Quarantäne. Schon da bestand erhebliche Unruhe. Einige Schüler sind erkrankt und konnten sich jetzt in den Ferien nicht so aufs Abitur vorbereiten, wie das wünschenswert gewesen wäre.

Die Zehner-Abschlussprüfung, darum geht es ja hauptsächlich, hätte ich mir sehr stark dezentral gewünscht. Ich habe Unterricht im zehnten Jahrgang, die Schüler haben Angst, sind total verunsichert. Sie fragen sich: Was ist, wenn wir ausgerechnet zum Prüfungstermin in Quarantäne müssten und der Nachschreibtermin vielleicht auch noch betroffen ist? – Da ist nicht gut für die Schülerinnen und Schüler gesorgt, finde ich, denn für die sitzen wir ja hier. Für die machen wir das alles.

Ich habe den Eindruck, die Schülervertreterin hat es ja auch gerade gesagt: Man nimmt sich das, was von da kommt, nicht sehr stark zu Herzen, sondern schaut auf die Vergleichbarkeit der Abschlüsse – in der KMK wurde das in der letzten Woche so beschlossen, dann muss es so sein – und denkt das nicht von den Schülerinnen und Schülern her, weil es diese Vergleichbarkeit so nicht gibt. Das war kein normales Schuljahr. Es war nur zufällig normal oder zufällig nicht normal. Wir haben dann eben keine Vergleichbarkeit.

Die dezentrale Prüfung 10 im letzten Schuljahr hat sehr gut geklappt. Keinem Schüler ist etwas geschenkt worden, ganz im Gegenteil. Wir konnten in den Blick nehmen, wie wir die Schüler zu vernünftigen Abschlüssen führen, und das wünschte ich mir für dieses Schuljahr auch wieder sehr.

Ich darf bemerken – die Älteren unter uns werden sich daran erinnern –, dass es vor 2007 überhaupt keine zentralen Prüfungen gegeben hat, und alle haben gute Schulabschlüsse erhalten. Ich glaube, wir alle, die wir uns hier versammelt haben, haben keine zentralen Prüfungen gehabt, ob es jetzt Abitur war oder Schulabschluss nach Klasse 10, sondern der Abschluss wurde durch das Zeugnis bescheinigt.

Ich empfinde einen sehr starken Hype, diese Vergleichbarkeit, die wir ja durchaus wollen, hinbekommen zu müssen. Dann aber bitte dezentral, und ich denke, das lässt sich gut im Sinne der Schülerinnen und Schüler, für die wir uns hier versammelt haben – das betone ich noch einmal –, machen.

Ganz kurz zum Thema Abschulung. Den Hinweis, dass das ein normales Schuljahr sei, teile ich nicht. Man könnte sagen, die Versetzung müsste jetzt relativ normal mit

wenigen schülererleichternden Einschränkungen erfolgen. Das finde ich schwierig. Denn schon letztes Jahr, wo alle mitgenommen werden sollten, gab es in der Kommune, in der ich Schulleiter bin, viel zu viele Schüler, die abgeschult werden sollten, mehr als in den vergangenen fünf Jahren davor.

Ich mache mir ganz große Sorgen, was diesen Sommer passieren wird, wenn im zweiten Coronaschuljahr Schülern gesagt wird: Also eigentlich kannst du das hier in der Schulform nicht schaffen. Wiederholen ist auch nicht die gute Idee, denn die Jahrgänge sind voll. Und an die Gesamtschulen können die Kinder auch nicht, denn wir sind bis unters Dach belegt.

Vorsitzende Kirstin Korte: Herzlichen Dank, Herr Tempel. – Herr Willert, bitte sehr.

Harald Willert (Schulleitungsvereinigung Nordrhein-Westfalen e. V. [per Video zugeschaltet]): Guten Morgen in die Runde. Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Ich hoffe, Sie hören mich.

Vorsitzende Kirstin Korte: Ja, das klappt.

Harald Willert (Schulleitungsvereinigung Nordrhein-Westfalen e. V. [per Video zugeschaltet]): Auf die Frage von Frau Beer, welche Konsequenzen gezogen werden müssen, möchte ich eine Konsequenz nennen, die hier hätte schon längst gezogen werden müssen. Herr Tempel hat das angedeutet: Die Akzeptanz, dass das kein normales Schuljahr wird und, inzwischen auch für alle sichtbar, keines ist.

Die Abschlussjahrgänge, also Abitur mit Q1, Q2, aber auch die 10. Klasse sind, so meine Auffassung, die Jahrgänge in allen Schulformen, die am besten unterrichtlich bedient worden sind, weil natürlich die Schulleitungen darauf geachtet haben, dass man diesen Jahrgängen, die unter Umständen zentral geprüft werden, den bestmöglichen Unterricht angedeihen lassen wollte, und das sowohl im Distanz- als auch im Präsenzunterricht.

Trotzdem gibt es da, wie Herr Tempel ausgeführt hat, riesige Unterschiede, eine riesige Spannweite von dem, was in den Jahrgängen tatsächlich geleistet werden kann. Diese Spannweite bezieht sich nicht auf die verschiedenen Schulformen, sondern diese Spannweite ist auch innerhalb der verschiedenen Schulformen sichtbar. Von daher kann ich nicht jedem Vorredner folgen.

Mich berührt viel mehr die Tatsache, dass wir viele Jahrgänge zwischen Klasse 1 und 9 oder 10 haben, bei denen es nicht um Abschlüsse, sondern um normale Lernjahre, normale Versetzung und normale Entwicklung geht. Für diese Jahrgänge ist diese Heterogenität noch deutlicher durchgeschlagen. Diese Heterogenität der Möglichkeiten dessen, was in Schule passiert und in Schule passieren konnte, zeigt, dass das Schuljahr aus meiner Sicht und aus dem, was mir zurückgemeldet wurde, vollkommen nicht normal ist. Es mag Stufen, Klassen, Schulen geben, die das fast normal hingekriegt haben, aber wir können in diesem Fall nicht von Einzelfällen ausgehen. Das Gros

meldet zurück, dass es zumindest Schwierigkeiten, Widersprüche, Unwägbarkeiten gegeben hat.

Ich mache es an einem Beispiel deutlich, das nicht in unserer Stellungnahme zu finden ist. Ein Lehrer, der zwei Hauptfächern im letzten Jahr in einer 8. Klasse – jetzt 9. Klasse unterrichtet – also letztes Jahr Beginn der Pandemie, inzwischen Ende des zweiten Schuljahres danach –, antwortete mir auf die Frage, wie viel im Vergleich zu Normaljahren bei den Schülern in den beiden Hauptfächern ankommt, dass dies im guten Fall 60 %, bei den schlechten aber auch null Prozent seien. Das zeigt die ganze Bandbreite.

Es wird immer nur über versetzungsrelevante, über prüfungsrelevante Dinge gesprochen. Es wird über Hauptfächer gesprochen. Ich frage mich, wie Schulen zu sinnvollen Versetzungsentscheidungen kommen sollen, wo für viele vollkommen unklar ist, wie die Leistungen überhaupt gemessen werden konnten, weil unter Umständen Physikunterricht nur in Distanz stattgefunden hat, Geschichtsunterricht eingegrenzt oder in Distanz erfolgte. Das können wir jetzt beliebig erweitern oder verkürzen, ich will das nicht tun. Ich finde, dieses Schuljahr, vielleicht mit Ausnahme der Prüfungsjahrgänge – kann eigentlich nicht nach normalen Maßstäben bemessen werden, und der Abstrich, den das neue Gesetz macht – keine blauen Briefe zu versenden –, wird der Situation nicht gerecht.

Vorsitzende Kirstin Korte: Hervorragend. Ich danke Ihnen. – Frau Finnern!

Maika Finnern (Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft NRW): Frau Vorsitzende! Vielen Dank. Nur kurz einen Satz zu Beginn. Das ist jetzt gerade schon in ganz vielen Beiträgen deutlich geworden: Mein Raum hier reicht nicht aus, um die unterschiedliche Bandbreite anzuzeigen, in der sich Schülerinnen und Schüler sowie Schulen im letzten Jahr befunden haben. Das ist einfach so. Ich glaube, da muss man auch nicht drumherum reden, das ist jedem klar.

Ich möchte ein bisschen getrennt betrachten, was wir zu den Abschlüssen beziehungsweise zu den anderen Jahrgängen sagen. Ich sehe da deutliche Unterschiede. Beim Abitur ist es klar. Der Beschluss ist jetzt gefallen, und daran kann man jetzt auch nichts mehr ändern. Das macht auch so kurzfristig keinen Sinn, darüber noch weiter zu diskutieren. Aber in der letzten Woche haben wir schon erlebt, dass durchaus häufiger Abiturient*innen sagen: Wir lassen uns nicht testen, weil wir Angst haben, dass wir dann in der Phase der Klausuren in Quarantäne sind. Deswegen wollen wir das nicht.

Das führt natürlich für die Schulen zu einem enormen organisatorischen Aufwand. Das darf man nicht unterschätzen. Denn die Schülerinnen und Schüler haben natürlich das Recht, trotzdem ihre Prüfungen abzulegen, aber eben unter besonderen Aufsichts- und Raumbedingungen. Das heißt – da mache ich mir nichts vor –, wenn die Abiturklausuren begonnen haben, werden in diesen Tagen die Schulen mit der Aufsicht über die Abiturientinnen und Abiturienten, räumlich und auch personell nahezu ausgelastet sein. Das darf man nicht vergessen.

Das ist das Erste, was in den nächsten Wochen sicherlich schwierig sein wird zu organisieren.

Für die zentralen Prüfungen in Klasse 10 ist jetzt schon ganz häufig gesagt worden, dass die zentralen Prüfungen dieses Jahr sicherlich nicht angemessen sind. Ich würde sogar noch einen Schritt weitergehen. Ich denke, in diesem Jahr – das Jahr 2007 ist ja gerade in einem Beitrag schon erwähnt worden – haben wir bei den zentralen Prüfungen eine andere Situation als im Abitur. Der mittlere Schulabschluss wird ja nur in den Hauptfächern über eine Prüfungsklausur vergeben. In allen anderen Fächern erfolgt dies sowieso über die Note.

Ich finde, wir sollten in diesem Jahr uns wirklich gut überlegen, ob es Sinn macht, an dieser zentralen Prüfung mit 50 % überhaupt festzuhalten. Die zentralen Prüfungen in der 10 finden nur in vier Fächern statt, und wir haben die gesamte Bandbreite. Vielleicht sollte man daher für dieses Jahr diese Prüfungen aussetzen.

Im letzten Jahr hat es ja gut geklappt, wie wir feststellen konnten. Aber man darf nicht vergessen, dass diese Prüfungsaufgaben bisher immer zentral und nie von den Lehrkräften gestellt worden sind. Ich weiß, was für ein Riesenaufwand in den Schulen betrieben worden ist, um das wirklich gut organisiert zu bekommen. Wir sind dieses Jahr in einer anderen Situation. Dieses Schuljahr war weitaus belastender als das letzte, die Länge trägt inzwischen die Last. Deswegen plädiere ich wirklich dafür, radikal zu sagen: In diesem Schuljahr lassen wir die Prüfungen ausfallen, und zwar sowohl die zentralen Prüfungen als auch die individuellen Prüfungen als Prüfungsarbeit.

Ich weiß, in Berlin wurden die zentralen schriftlichen Prüfungen ausgesetzt. Natürlich ist es wichtig, dass das in der Kultusministerkonferenz anerkannt wird. Das ist klar. Aber vor dem Hintergrund, dass nicht alle Fächer überhaupt mit einer schriftlichen Prüfung belegt sind, ist, meine ich, in Klasse 10 die Situation eine andere. Insofern plädiere ich sogar dafür, hier eine normale Klassenarbeit zu schreiben und mit dem Zeugnis den Abschluss zu vergeben. Wie es eben in früheren Zeiten, die nicht so lange her sind, auch der Fall war.

Ich komme nun zu der Versetzung beziehungsweise zu den Klassenarbeiten. Man muss sich überlegen, auch wenn das eine größere Betrachtung ist: Wenn die Schülerinnen und Schüler jetzt wieder in die Schulen kommen – wann und in welchem Setting das auch immer sein wird –, geschieht dies, wenn alles so bleibt, wie es jetzt ist, um sich auf die Klassenarbeiten vielleicht ein, zwei, drei Wochen vorzubereiten und diese zu schreiben. So geht es dann mit den weiteren Klassenarbeiten weiter.

Da das Schuljahr ja nicht mehr so fürchterlich lang ist, brauchen wir eine gewisse Vorlaufzeit für eine Klassenarbeit. Wir können zwei Klassenarbeiten pro Woche schreiben. Rein organisatorisch ist es schon nicht mehr ohne Weiteres möglich – aus meiner Wahrnehmung –, wenn jetzt auch noch, wie gesagt, aufgrund der Abiturprüfungen Unterricht ausfällt oder zumindest nicht stattfinden kann, weil organisatorisch die Schulen so belegt sind, dass in der Sekundarstufe I noch zwei Klassenarbeiten in diesem Halbjahr geschrieben werden können. Das wird nicht mehr gelingen.

Deswegen muss man meines Erachtens diese Regelung ändern. Ansonsten haben wir wirklich das Phänomen, dass, egal in welchem Setting die Schülerinnen und

Schüler wieder in die Schulen kommen, der Druck auf beiden Seiten enorm groß ist: Denn es muss geklärt sein, wie es zeitlich zu schaffen ist, noch zwei Klassenarbeiten schreiben zu lassen. Hier gilt: Ein bisschen Learning for the Test und Teaching for the Test, um irgendwie noch zwei Arbeiten durchzukriegen. Das ist weder der Situation, in der wir sind, noch dem Bildungsverständnis, was wir eigentlich alle haben, noch der Situation der Schülerinnen und Schüler, wenn sie dann wieder in die Schulen kommen, angemessen. Da muss es eigentlich um andere Dinge gehen.

Dieses Thema müssen wir wirklich konsequent angehen und zu dem Ergebnis kommen, dass die Zahl der Klassenarbeiten in diesem Jahr reduziert werden muss. Das hat natürlich dann auch Folgen für die Versetzung.

(Das Ende der Redezeit wird angezeigt.)

– Ich weiß, Frau Korte, ich könnte jetzt noch Stunden reden, aber ich höre auf.

Vorsitzende Kirstin Korte: Tut mir leid. Sie sind dann so im Flow, das gilt für alle Sachverständigen, ich verstehe das auch. Aber, es war schon... Ich dehne diese drei Minuten schon immer ein bisschen.

Jetzt hat Frau Müller-Rech die Fragemöglichkeit. Bitte sehr.

Franziska Müller-Rech (FDP): Vielen Dank. Frau Vorsitzende! Liebe Expertinnen und Experten! Schön, dass Sie heute da sind und dass wir uns hier im Plenarsaal oder digital zugeschaltet sehen. Ich bitte noch einmal um Verzeihung, dass ich eben kurz entfliehen musste, aber vielen Dank, Frau Kollegin Beer, dass Sie eingesprungen sind.

Meine erste Frage zielt jetzt auf etwas, worüber wir noch nicht gesprochen haben, und zwar auf den vorliegenden Änderungsantrag der SPD-Fraktion zum Bildungssicherungsgesetz und zwar zum Thema Freiversuch, in der Presse hieß es auch „Freischuss“. Meine Frage richtet sich jetzt an Frau Galilea, an Herrn Sina und an Herrn Käuser. Wie bewerten Sie diesen Vorschlag des Freischusses, insbesondere hinsichtlich der Organisation, der Chancengerechtigkeit für Schülerinnen und Schüler und hinsichtlich der Wertigkeit der Abschlüsse?

Vorsitzende Kirstin Korte: Vielen Dank, Frau Müller-Rech. – Frau Galilea könnte bitte beginnen.

Martina Galilea (Bezirksregierung Köln, Abteilung 4 – Schule): Sehr geehrte Frau Korte! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich freue mich, dass auch ein Mitglied der Schul- und Fachaufsicht eingeladen worden ist. Wir sind ja das Bindeglied zwischen dem Ministerium und den Schulen und nehmen diese Aufgabe natürlich sehr ernst.

Die Freischussregelung könnte jetzt ad hoc als eine Hilfe der Schülerinnen und Schüler angesehen werden. Ich habe die Stellungnahme der Schülerinnen und Schüler gelesen. Auch sie haben auf die große Belastung, was die Verdichtung der Prüfung und den Umfang der Prüfungen angeht, hingewiesen. Ich möchte darauf aufmerksam

machen, dass wir den Schutzraum Schule wirklich gewährleisten müssen. Durch den Freischuss hätten wir nicht nur ein Abiturverfahren, sondern zwei Verfahren, die ineinander verschränkt werden.

Sie müssen sich das so vorstellen: Die Haupttermine und die Nachschreibtermine liegen durch zwei Tage verschränkt auseinander. Das heißt, ein Schüler müsste direkt danach wieder in den zweiten Haupttermin gehen. Gleichzeitig aber steht dann auch schon wieder die vierte Abiturprüfung an. Er hat dann weniger Zeit, vom ersten Verfahren her, sich auf die mündliche Abiturprüfung vorzubereiten, und auch die möglichen Nachprüfungen des ersten und dritten Faches stehen an. Das heißt, gerade ein schwacher Schüler, eine schwache Schülerin, würden durch diese zeitlichen Verdichtungen viel weniger Zeit haben, sich um die zentralen Prüfungen zu kümmern und darauf vorzubereiten. Das ist ein unglaublich immenser Druck.

Ich würde wirklich dafür plädieren, den Schutzraum Schule zu gewährleisten und das bekannte Verfahren, das seit einem Jahr wirklich kommuniziert worden ist und das Orientierung bietet, das den Schülern wirklich Schutz gewährleistet, beizubehalten und bloß nicht in dieses Freischussverfahren zu gehen.

Die Frage ist auch, ob das Verfahren mit der KMK abgeklärt ist. Es ist auch noch offen – das ist jetzt eine pragmatische Frage, darauf wird gleich sicherlich auch Herr Sina noch eingehen –, ob die Verfahrensfragen, die damit verbunden sind...

Ich mache ein kleines Beispiel. Die Phase zwischen Haupt- und Nachschreibetermin ist so gering, dass die Lehrkräfte das wahrscheinlich überhaupt nicht schaffen, mit einer Zweitkorrektur zu korrigieren. Das heißt, die Schülerinnen und Schüler wissen nicht, wie die Noten im ersten Haupttermin waren. Das ist sehr problematisch. Wie schreiben sie jetzt? Wie bestimmen sie, ob sie sich für diesen Freischuss entscheiden sollen? Schreiben sie nach Gefühl, oder können sie dann danach entscheiden, welche Abiturnote oder welche Klausurnote gilt?

Das sind alles so große Ungenauigkeiten und Orientierungslosigkeiten, die Unruhe in das System bringen. Ich möchte wirklich darauf hinweisen, dass diese Verfahrensfragen, kurz vor dem Abitur – am 23. April beginnt das Abitur – überhaupt nicht mehr zu klären sind.

(Sigrid Beer [GRÜNE]: Wie kommt das denn, dass wir so spät dazu zusammensitzen? – Jochen Ott [SPD]: Welche Überraschung!)

Vorsitzende Kirstin Korte: Herr Kollege Ott, Sie haben zurzeit nicht das Wort. – Vielen Dank, Frau Galilea. Ein bisschen baue ich noch immer darauf, dass wir uns an die verständigten Regeln halten. Herr Sina, Sie haben nun das Wort.

Martin Sina (Rheinische Direktorenvereinigung): Frau Vorsitzende! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich muss nicht wiederholen, was Frau Galilea gesagt hat. Dem stimme ich natürlich uneingeschränkt zu, und will noch vielleicht zwei, drei Aspekte anfügen.

Herr Christoffer hat eben sehr richtig darauf hingewiesen, dass die Verknüpfung von Abschlüssen mit Leistungen und insbesondere beim Abitur ein zentraler Punkt ist. Unsere Schülerinnen und Schüler, die Abiturientinnen und Abiturienten sind wirklich gut vorbereitet. Die wussten auch schon lange, was passiert, und wir haben als Verbände – ich weiß noch genau, wann es war, es war im letzten Sommer –, als Schulleiterverbände, Gesamtschulen, Gymnasien mit Herrn Schöpke, mit dem Ministerium, gemeinsam intensiv überlegten, wie man das Abitur, die Abiturprüfungen so gestalten kann, dass sie den besonderen Anforderungen entsprechen.

Diese Dinge wurden alle nach unserer Einschätzung von Soest und vom Ministerium hervorragend umgesetzt. Ich sage das jetzt mal in Klammern, weil wir das erst wirklich sagen können, wenn wir die Klausuren dann sehen. Aber es ist ja nicht nur so, dass es eine zusätzliche Lehrerauswahl gibt, sondern es gibt eine Zusage, dass eine weniger intensive Verschränkung von Halbjahresthemen in vielen Fächern erfolgt, sodass tatsächlich Themengebiete, die nicht in hinreichender Tiefe behandelt wurden, dann ausgeschlossen werden können. Das halten wir für ein total sinnvolles Vorgehen.

Zusätzlich haben wir die neun Tage Training on the Test, die jetzt passieren. Das sind viele gute Dinge.

De facto wäre eine Freischussregelung in unseren Augen ein Beitrag zur Bildungsgerechtigkeit, weil es insbesondere die Schülerinnen und Schüler – ich sage es jetzt mal ganz prononciert – benachteiligen würde, die diesen Freischuss vielleicht brauchen würden. Wenn wir das jetzt verkünden, dann sind das genau die Schülerinnen und Schüler, die sich entspannt zurücklehnen und sagen: Ach ja, ist nicht so dramatisch. Ich habe ja einen Freischuss. Dann schreiben sie drei Klausuren mit dem Bewusstsein, sie dürfen vielleicht eine wiederholen. Das kann man natürlich erst entscheiden, wenn man die Ergebnisse hat, darauf hat Frau Galilea hingewiesen. Das wird erst ganz kurz vor dem mündlichen Abitur so sein.

Wir wissen dann nicht, ob wir die Prüfung im ersten bis dritten Fach zu Bestehensprüfungen machen können. Wenn es eine Freischussregelung gibt, können diese Schülerinnen und Schüler auf gar keinen Fall ein Abiturzeugnis im Juni oder Juli bekommen. Wir müssen dann anfangen, dezentral für diese Schülerinnen und Schüler Aufgaben zu erstellen. Das dauert die ganzen Sommerferien. Die Lehrkräfte brauchen drei, vier Wochen, um diese Aufgaben zu erfüllen. Da möchte ich gerne wissen, wann die Lehrkräfte dann ihren Jahresurlaub nehmen können. Dazu hätte ich gerne auch eine klare Aussage.

Anschließend müssen diese Prüfungen fachaufsichtlich in der Bezirksregierung geprüft werden. Das ist ja nicht so wie irgendeine Klausur.

(Die Armbanduhr des Redners piepst.)

Meine Zeit ist um. Die Zeit hat aber schon fast gereicht.

Also: Wir sind total dagegen.

Vorsitzende Kirstin Korte: Manchmal beflügelt das zu klaren Aussagen. Ich danke Ihnen herzlich. – Unsere Technik läuft zumindest soweit wieder, dass wir die Damen

und Herren Sachverständigen auf dem Bildschirm sehen. Ich bin mir nicht ganz sicher, ob Sie die Diskussion verfolgen konnten. Wir hatten technische Probleme, aber ich gehe davon aus, Herr Käuser, Sie werden auch so starten können. Sie haben das Wort.

Rüdiger Käuser (Westfälisch-Lippische Direktorenvereinigung [per Video zugeschaltet]): Frau Vorsitzende! Erst einmal bedanke ich mich für die Einladung und nehme natürlich sehr gern zu der Frage Stellung, wobei ich allerdings die Beiträge meiner Vorredner nicht mitbekommen habe. Ich habe nur von Martin Sina gehört: Wir sind total dagegen. Das kann ich für die Westfälisch-Lippische Direktorenvereinigung auch sagen. Die Kollegin von der Bezirksregierung hat das, wie ich finde, soweit ich das verfolgen konnte, sehr detailliert dargelegt.

Die Freischussregelung hört sich im ersten Moment gut an und ist auch sicherlich etwas, was man überlegen sollte. Aber die Folgewirkungen für die Schülerinnen und Schüler und vor allen Dingen aber auch für die Umsetzbarkeit in den Schulen, stehen in keinem Verhältnis. Also würde ich dringend raten, davon abzusehen.

Ich erlaube mir, auch wenn ich jetzt schon etwas weiter hinten in der Diskussion stehe, doch zwei, drei Bemerkungen noch zu dem zu machen, was im Vorfeld gesagt wurde. Stichwort „Kommunikation“. Ja, Kommunikation kann man immer verbessern. Ich möchte nur darauf hinweisen, dass wir alle gemeinsam die Pandemieentwicklung falsch eingeschätzt, unterschätzt haben. Ich weiß nicht, welche Attitüde die richtige ist. Auf jeden Fall sind wir in einer Situation, die wir alle so nicht antizipiert haben, dass nach den Osterferien die Situation bedrohlicher ist, als sie das noch vor einem Jahr war.

Seit Anfang 2021 erleben wir zugleich, dass immer mehr Entscheidungsträger mitspielen, wenn ich das so nennen darf. Da gibt es die Bundeskanzlerin und die Ministerpräsidentinnen und -präsidentenrunde. Es gibt die Landesministerien, die engagiert sind, da sind die Kommunen, und am Ende stehen wir als Schulleitung. Wir haben wahrgenommen, dass die Kommunikation zwischen den Ebenen nicht immer ganz optimal funktioniert hat.

Das hat natürlich auch Auswirkungen auf die Kommunikationsformen und die Kommunikationsmöglichkeiten, die wahrscheinlich mit den Verbänden ermöglicht werden. Das Fahren auf Sicht betrifft uns ja alle.

Was allerdings sehr wichtig ist: Der vorliegende Entwurf des Bildungssicherungsgesetzes datiert vom 24. Februar. In diesem geht man noch von anderen Inzidenzentwicklungen aus, als wir sie aktuell haben. Was aus meiner Sicht ganz wichtig ist, ist – Frau Finnen hat deutlich darauf hingewiesen, Frau Mistler ebenfalls, andere auch –, die Abiturprüfungen so durchzuführen, wie sie geplant worden sind. Das ist das eine.

Das andere ist: Was vor dem Hintergrund der aktuellen Pandemieentwicklung auch ganz wichtig ist, ist, die Situation in der Sekundarstufe I noch einmal zu überdenken. Das Stichwort „zweite Klassenarbeit“ wurde bereits von einigen genannt. Da muss jetzt dringend nachgesteuert werden, weil die Zeit dafür tatsächlich nicht mehr ausreicht, um diese Verfahren umzusetzen.

Ich bedanke mich.

Vorsitzende Kirstin Korte: Herzlichen Dank, Herr Käuser. – Als nächsten Fragestellenden haben wir Herrn Seifen. Bitte sehr.

Helmut Seifen (AfD): Vielen Dank, Frau Vorsitzende. – Ich möchte an das anschließen, was Herr Willert gerade ausgeführt hat, und mich noch mal der Versetzungsentscheidung annähern und in die Niederungen des tatsächlichen Handelns vom einzelnen Lehrer hinabsteigen. Ich möchte deswegen meine Frage an Herrn Hilbk, an Herrn Käuser und an Herrn Behlau stellen.

Die Zeugnisnote setzt sich ja in der Regel aus schriftlichen und mündlichen Noten zusammen. Diese Note wiederum stützt sich auf bestimmte Qualitätsmerkmale der jeweiligen Schülerleistung. Das fängt an mit der Fähigkeit zur Rezeption und Reproduktion von Inhalten und geht hin bis zur Erkenntnis von Sinnzusammenhängen oder sogar zum Aufweisen von Problembewusstsein und zur differenzierten Darstellung von Sinnzusammenhängen. Da benotet man dann zwischen „sehr gut“ und im schlimmsten Falle „ungenügend“. Jetzt haben wir die Besonderheit des Distanzunterrichts oder eine Mischung aus Wechselunterricht und Distanzunterricht, der eine oder andere ist in Quarantäne usw. Wir haben also eine sehr große Gemengelage. Jetzt steht der Kollege, die Kollegin vor der Frage, wie man den Schüler benotet. Es gibt Fächer, bei denen zur Benotung ausschließlich die mündliche Beteiligung herangezogen wird, und es gibt Fächer, bei denen die schriftliche und mündliche Beteiligung herangezogen wird. Jetzt haben wir aber den Fall, dass aufgrund bestimmter Bedingungen Klassenarbeiten reduziert werden. Meine Frage: Wie sicher können sich die Kolleginnen und Kollegen sein, mit der Vergabe der Noten von 1 bis 6 unter der Bedingung, die ich gerade geschildert habe, mit der Maßgabe, diese Qualitätsmerkmale bei dem einzelnen Schüler zu unterscheiden, ob er bis ins Letzte einen Sinnzusammenhang wirklich versteht oder nur Inhalte reproduzieren kann? Wie soll das einem Kollegen gelingen?

Vorsitzende Kirstin Korte: Vielen Dank. – Herr Hilbk, es wäre schön, wenn Sie beginnen würden.

Michael Hilbk (Alexander-Hegius-Gymnasium Ahaus): Danke schön. – Ich glaube, dass wir als Lehrkräfte mit dieser Frage in unserer ganzen beruflichen Biografie zu tun haben. Wir werden nie eine absolut objektive Note finden können. Das ist das eine.

Das andere ist: In der Situation der Pandemie ist es ganz wichtig, die Rückkopplung mit Eltern, Schülern und Lehrkräften kontinuierlich zu pflegen, transparente Anforderungsprofile zu kommunizieren. Eltern, Schüler und Lehrkräfte müssen wissen, was erwartet werden muss und kann. Und da, wo es nicht funktioniert, muss nachgefragt werden, ob es an der Technik liegt.

Dann kann sicherlich eine Schule mit unterstützenden Maßnahmen helfen. Liegt es daran, dass ein einzelner Schüler, eine einzelne Schülerin stundenmäßig weniger am Unterricht teilnimmt? Jetzt müssen wir aufpassen: Unterricht ist auch Distanzunterricht.

Ich nehme sehr häufig wahr, dass Unterricht immer nur als Präsenzunterricht gewertet wird, und der Distanzunterricht, mit dem sich Lehrkräfte sehr ausführlich mindestens in dem Jahr auseinandergesetzt haben, sich fortgebildet haben ... In welchem Unternehmen gelingt das, dass mit diesen wenigen Mitteln von außen sich ganze Kollegien weitergebildet haben, um im Interesse ihrer Schülerschaft Unterricht zu ermöglichen, auch für diejenigen, die am Präsenzunterricht nicht teilnehmen konnten, oder ganze Klassen. Da habe ich die Erfahrung gemacht, dass ich das auf Fachschaften, auf den kollegialen Austausch, auf die Transparenz mit Elternhäusern und den Kindern, um die es schließlich geht, herunterbrechen möchte.

Grundsätzlich möchte ich betonen: Es kann nicht nur um Klassenarbeiten gehen. Wir haben doch einen Bildungsbegriff, der darüber hinausgeht. Ich glaube, dass die Lehrkräfte durchaus in der Lage sind, sehr sensibel die Leistungsbedingungen mitzubekommen, mit einzubringen, das, was Schülerinnen und Schüler eingebracht haben, zu sehen, was messbar ist, das in einen Kontext zu stellen und aussagekräftige Noten zu fällen.

Dass es sicherlich Unterschiede gibt, was das Niveau und die Vielfältigkeit zu den Jahrgängen vor Corona angeht, wissen wir alle, aber wir müssen das würdigen, was Schülerinnen und Schüler in diesem Schuljahr geleistet haben. Dazu gibt es unter dem Stichwort „individuelle Förderung“ ganz viel zu sagen, wenn ich andere Formate als Klassenarbeiten zulasse. Bei mir stehen die Lehrkräfte auch vor der Tür, oder wir unterhalten uns darüber, ob digital oder in Präsenz. Wir haben Formate gefunden, dass es sehr verlässlich ist, woran sogar Eltern teilnehmen können. Wir führen Konferenzen mit 80 Personen in der Distanz. Es ist möglich, zu konferieren. Es ist möglich, Aussagen zu treffen und sich zu einigen.

Wir haben gestern in meiner Schulleitungsrunde darüber gesprochen: Hängt bitte die Schriftlichkeit nicht zu hoch! Es gibt andere Formate. Auf die können sich Fachschaften einigen. Dann habe ich auch die Vergleichbarkeit. Wir gucken über den Tellerrand hinaus. Das machen die Lehrkräfte, das machen auch die Schulen. Die Ebene der Schulleitungen muss sich vernetzen.

Es gab Zeiten, da habe ich Gespräche mit der Schulaufsicht weniger wertgeschätzt. Da habe ich mich sehr häufig gefragt. Wir Schulen können vieles alleine. Sehr vieles können wir auch alleine. Aber in dieser Situation habe ich meine Schulaufsicht noch mal ganz anders wahrnehmen dürfen, nämlich zu dem, was die Ministerin ...

(Das Ende der Redezeit wird angezeigt.)

– Den Satz noch. –

... in Form einer Schulmail an uns gerichtet hat, noch mal runterzubringen auf die Ebene im Bezirk, um zu gucken: Was ist möglich? Wo bestehen Fragen? Wo bestehen Grauzonen? Wir haben immer auch Lösungen gefunden, zumindest da, wo es um die existenziellen Belange der Schülerinnen und Schüler geht, Prüfungen, Abschlüsse, Unterricht, und auch die Fälle, wo es ganz sensibel um Schicksale geht. Wir haben sicherlich alle auch damit zu tun, dass es Schülerinnen und Schüler gibt, denen wir auf ganz anderen Ebenen helfen müssen. – Danke schön.

Vorsitzende Kirstin Korte: Herzlichen Dank. – Wir nehmen wieder die digitale Variante und bitten Herrn Käuser um seinen Beitrag.

Rüdiger Käuser (Westfälisch-Lippische Direktorenvereinigung [per Video zugeschaltet]): Ich kann im Grunde direkt an das anschließen, was mein Vorredner ausgeführt hat. Herr Seifen, ich zitiere Sie an einer Stelle. Sie haben gefragt, wie sicher man sein könne. Ich möchte es etwas ironisch wenden wollen: so sicher sein, was die Benotung angeht, wie wir überhaupt in diesen Zeiten sicher sein können. – Das ist ja eine Erfahrung, die wir seit etwas mehr als einem Jahr machen, dass wir in fast allen Bereichen unseres Lebens die Sicherheiten, die wir meinten, zu haben, in dieser Form nicht mehr haben oder sie infrage stellen müssen, weil wir uns vor dem Hintergrund der Pandemieentwicklung mit einer Situation auseinandersetzen müssen, die wir so noch nicht kannten.

Was ich ganz deutlich aufnehmen möchte, was mein Vorredner sagte, ist, dass die Kolleginnen und Kollegen auch in diesem Jahr in einer ganz besonderen Weise gefordert sind – sie sind es immer, aber in diesem Jahr in einer ganz besonderen Weise –, weil natürlich viele Rechtssicherheiten, die wir im normalen Unterrichts- und Schulalltag haben, so nicht mehr gegeben sind. Ich will dafür ein Beispiel nennen. Es hat die aus meiner Sicht richtige politische Entscheidung gegeben, den Distanzunterricht und den Präsenzunterricht von der Wertigkeit her gleichzusetzen. Denn ansonsten hätten wir sozusagen das ganze Schuljahr verlieren können.

Gleichwohl haben wir wahrgenommen, dass wir, was das Thema „Digitalisierung“ angeht, an vielen Stellen desaströse Verhältnisse im Land haben. Die Disparitäten der Ausstattung mit digitalen Basisinfrastrukturen sind in höchstem Maße desolat. Das heißt, wir müssen einfach zur Kenntnis nehmen, dass das, was an Distanzunterricht am Standort A stattfindet, am Standort B so nicht möglich ist. An meiner eigenen Schule ist es so, ich habe ein sehr engagiertes Kollegium, aber wenn wir mit drei Videokonferenzen an den Start gehen, dann bricht unser Netz zusammen. Das ist an vielen Standorten ähnlich oder sogar noch schlechter.

Was ich damit sagen möchte: Vor dem Hintergrund dieser Bestandsaufnahme, dass wir eben auch beim Thema „Schule“ feststellen, dass infrastrukturelle Disparitäten gegeben sind, andererseits aber ein gewisser Standard – ich meine damit nicht die Standardsicherung im Sinne von zentralen Prüfungen – des schulischen und Unterrichtsniveaus gegeben sein soll, müssen wir einfach konstatieren, dass diese Sicherheit in diesem Jahr eine größere Unsicherheit ist. In der Tat scheint mir ganz wichtig zu sein, dass die Transparenz der Leistungsbewertung zwischen den Beteiligten gewährleistet wird, dass es intensive Rückkopplungen gibt. Diese sind sowohl im Distanz- als auch im Präsenzunterricht für die Schülerinnen und Schüler möglich. Was ich auch wahrnehme, ist, dass sich die Kolleginnen und Kollegen mit einem außerordentlich hohen Engagement darum bemühen.

Auch da – machen wir uns nichts vor – leben wir sozusagen von der Hand in den Mund, um das noch mal aufzunehmen. Beispielsweise wissen wir noch nicht, wie in der kommenden Woche der Unterricht an den Schulen in den meisten Jahrgängen

stattfinden soll. Damit ergeben sich auch für die Kolleginnen und Kollegen immer wieder neue Situationen, auf die sie reagieren müssen.

Das heißt, es gibt eine gewisse Sicherheit bei der Bewertung, aber bei Weitem nicht in dem Maße, wie wir sie in üblichen Schul- und Unterrichtszeiten gehabt haben. – Danke.

Vorsitzende Kirstin Korte: Herzlichen Dank, Herr Käuser. – Herr Behlau.

Stefan Behlau (Verband Bildung und Erziehung, Landesverband NRW): Herzlichen Dank, Frau Vorsitzende. – Ich möchte zunächst einmal auf das zurückgreifen, was Kollegin Finnern gesagt hat, und aufgreifen, dass es wichtig ist, den Schulen ein Signal zu senden, wie das Schuljahr weitergeht, auch wenn es um die Klassenarbeiten geht.

Der VBE hat in der Stellungnahme zu den Prüfungsformaten einiges dargelegt. Ich bitte, noch einmal nachzuschauen. Die Coronakrise hat sehr deutlich gezeigt, dass wir uns insgesamt über Prüfungsformate im schulischen Kontext zu unterhalten haben. Kollege Käuser und auch Kollege Hilbk haben gerade sehr gute Ausführungen dazu gemacht.

Ich möchte an der Stelle nur drei Dinge sagen.

Bewertung ist immer subjektiv. Kolleginnen und Kollegen sind sich dieser Subjektivität bewusst. Es ist für uns Aufgabe, diese Subjektivität möglichst zu objektivieren, aber es ist Aufgabe auch der Profession der Lehrkraft, mit dieser Subjektivität umzugehen.

Auf der zweiten Seite steht, dass ich glaube – wir haben das vielerorts gehört –, dass sicherlich das Schuljahr ganz anders abgelaufen ist als andere Schuljahre, in vielen Schulen sicherlich nicht optimal, an anderen Stellen aber durchaus auch gut. Ich bin der festen Überzeugung, dass auch vielerorts und auch an mehr Stellen, von denen wir momentan denken, aussagekräftige Bewertungsgrundlagen von Schülerinnen und Schülern vorliegen, übrigens für einige Fächer vielleicht aussagekräftiger als in Jahren zuvor und vielleicht teilweise bei Nebenfächern so aussagekräftig wie niemals zuvor durch das Feedback, das Schülerinnen und Schüler in schriftlicher Form geleistet haben, wenn auch in häuslicher Arbeit.

Dann kommen wir zu dem zweiten Punkt – das ist auch schon gesagt worden –: Schule findet momentan auch in Distanz statt. Das ist dennoch Unterricht, und das sind trotzdem Leistungen, die die Schülerinnen und Schüler haben.

Ich glaube, es ist sehr wichtig, dass wir uns bei der Bewertung auch bewusst machen müssen, bei uns schwingt immer ein Anschein – so sind wir sozialisiert – des Misstrauens mit hinein. Ich möchte sehr daran appellieren, dass wir gerade in diesem Schuljahr einen Anschein des Vertrauens in die Schulen senden, auf der einen Seite in das Vertrauen der Leistungen der Schülerinnen und Schüler, die diese in der häuslichen Arbeit erstellt haben, und in das Vertrauen in die Leistung der Lehrkräfte, diese Leistungen angemessen und gut bewerten zu können. – Herzlichen Dank.

Vorsitzende Kirstin Korte: Herzlichen Dank, Herr Behlau. – Wir starten in die zweiten Runde. Herr Ott.

Jochen Ott (SPD): Vielen herzlichen Dank. – Ich versuche mal, aus der ersten Runde ein paar Sachen festzuhalten, die ich hoffentlich richtig verstanden habe.

Das eine ist: Es sollten alle Eltern – jetzt erst mal die Journalisten, die das hören – wahrnehmen – da wurde nicht widersprochen, sondern mit dem Kopf genickt –, dass durch die Prüfungen Distanzunterricht, wenn wir Glück haben vielleicht auch Unterrichtsentfall, weil die Doppelbelastung sonst zu groß wird, für viele Schülerinnen und Schüler zu erwarten ist. Also, mit Prüfungsbeginn werden wieder Schülerinnen und Schüler im großen Stile zu Hause bleiben. Das haben wir heute erfahren.

Wir haben heute außerdem erfahren, dass die Kinder, die dann noch zur Schule gehen können, wenn sich nichts ändert, nur noch kommen, um Klassenarbeiten zu schreiben, weil die sonst organisatorisch nicht mehr abgewickelt werden können, wenn es da keine Veränderung gibt.

Wir haben festgestellt, dass die Frage des Sitzenbleibens, der Leistungsbewertung von einigen als sehr hoch angesehen wird. Allerdings bin ich schon jetzt gespannt, wie die Verwaltungsgerichte das Protokoll dieser Sitzung, insbesondere die Beiträge von Herrn Käuser, bewerten werden, wenn es zu juristischen Auseinandersetzungen kommt, falls ein Elternteil gegen das Zeugnis klagt. Also, wie wissen ja nicht so genau, aber es könnte so sein. Das, was Herr Käuser formuliert hat, war sehr interessant in der Frage, ob es wirklich rechtssicher ist vor Verwaltungsgerichten in Nordrhein-Westfalen, eine Versetzung in diesem Jahr gewährleisten zu können.

Und wir haben mitbekommen, dass davon gesprochen wurde, der Aufgabenpool sei in allen Fächern erweitert worden. Meines Wissens ist das nicht der Fall. Aber das könnte ich ja jetzt noch mal hinterfragen.

Und ich habe verstanden, dass die Exekutive selbst, die Bezirksregierung, der Auffassung ist, dass man über den Freischuss hätte viel früher diskutieren sollen. Stimmt. Das haben wir deshalb auch letztes Jahr angeregt. Aber ich möchte hier noch mal zum Ausdruck bringen, dass es ja bei dieser Frage vor allen Dingen um den Effekt ging, im Zweifel auch später einen Freischuss machen zu können, um ein gesamtes Schuljahr nicht wiederholen zu müssen. Das nur zur Erläuterung.

Jetzt kommt für mich dann die Frage an Frau Löchner, Herrn Willert und Herrn Tempel. Wir haben von den beiden Schulleitervereinigungen Rheinische Direktoren, Westfälische Direktoren gehört: Im Wesentlichen war alles in Ordnung. Mehr war nicht drin, kommunikativ vielleicht, aber wir müssen auf Sicht fahren. Und eigentlich ist alles wunderbar bis zum Ende des Schuljahres. – Deshalb frage ich Sie drei jetzt: Sind Sie tatsächlich der Auffassung, dass all das, was jetzt organisiert ist, ausreicht, um bis zum Ende des Schuljahres zu kommen, oder wo müsste aus Ihrer Sicht jetzt noch was passieren, damit dieses Schuljahr und auch diese Prüfungen vernünftig zu Ende gebracht werden können? Man könnte sonst den Eindruck haben, eigentlich gibt es gar keine Schwierigkeiten, und es ist alles bester Ordnung. Deshalb würde ich das gerne

von Frau Löchner, Herrn Willert und Herrn Tempel aus ihrer Sicht sehen, ob das auch ihre Einschätzung für Nordrhein-Westfalen ist.

Vorsitzende Kirstin Korte: Die drei Minuten haben Sie ausgereizt mit Ihrer Zusammenfassung und Bewertung, Herr Kollege.

Wir starten mit Frau Löchner.

Jutta Löchner (Landeselternschaft der Gymnasien in Nordrhein-Westfalen e. V.):

Der Punkt ist, dass wir als Elternvertreter sagen müssen, wir sind jetzt hier und können die Zeit nicht mehr zurückdrehen, sondern wir müssen mit dieser Situation, die entstanden ist durch schwierige Kommunikation, viel zu späte Entscheidungen, nicht hören auf die Wissenschaftler, klarkommen.

Auch wir sind natürlich dafür, dass jetzt die Abiturprüfungen durchgezogen werden. Das sind wir auch unseren Schülern schuldig. Natürlich gibt es auch Ausnahmen, dass sie zumindest an den Gymnasien relativ gut vorbereitet worden sind. Das ist jetzt so, wie es ist. Wir halten es einfach für extrem wichtig, dass sie diesen Abschluss machen, auf den sie die ganze Zeit hingearbeitet haben. Ich glaube auch, dass dieser Aufgabenpool machbar ist. Ich habe jetzt das Verständnis, dass es für alle Fächer erweitert worden ist. Das war meine bisherige Wahrnehmung, soweit ich das bei QUA-LiS nachgesehen habe. Insofern müssen wir jetzt einfach darauf vertrauen, dass das ausreicht und dass dadurch, dass die Vernetzung weggefallen ist, die Lehrer tatsächlich das raussuchen können, was sie mit ihren Schülern gemacht haben. Deswegen können wir als Landeselternschaft der Gymnasien mit dieser Entscheidung und auch mit diesem Verfahren leben. Die viel größere Gefahr, die wir im Augenblick sehen, ist, dass Quarantäne und Krankheit drohen und dass das natürlich physiologisch für die Schüler extrem anstrengend und schwierig ist, ob sie jetzt den Test mitmachen, was dann passiert. Da bitte ich alle, die daran beteiligt sind, das so zu regeln, dass die Kinder – eigentlich schon Erwachsene – möglichst wenige psychologische Belastungen bekommen.

Ansonsten reden wir jetzt zwar über Versetzung. Ich bin auch der Meinung, wir können uns höchstens eine Klassenarbeit leisten. Alles andere ist viel wichtiger, dass die Schüler wirklich in die Schule kommen, sachlich arbeiten können, psychologisch aufgefangen werden, geistig angeregt werden und möglichst viel gemacht wird, aber nicht unter dem Druck, die Prüfung, die Prüfung, die Prüfung.

Wir meinen als Verband, dass es jetzt extrem wichtig ist, sich wirklich darüber Gedanken zu machen, die Schleifspuren, die wir da jetzt überall haben auch in dem Wissen und der Psychologie der Schüler, aufzufangen. Das ist jetzt mein Appell an alle: Wenn dieses formal hoffentlich mit Klassenarbeitsverordnungsveränderungen usw. abgehandelt ist usw., sich darüber Gedanken zu machen, wie dieser Lückenschluss funktioniert und wie und in welcher Form wir die Kinder ins System wieder hineinholen. Das passiert mir im Augenblick viel zu wenig wahrnehmbar. Darüber reden wir auch schon seit einem Vierteljahr oder einem halben Jahr, wir eigentlich schon viel länger, wie wir das schaffen, ob wir das neue Schuljahr anders strukturieren müssen, um die alten Versäumnisse aufzuarbeiten, inwiefern wir eine Lernstandsfeststellung überall durch-

führen müssen. Das halten wir für extrem wichtig, damit wir wissen, wo die Kinder sind. Und dann müssen wir mit ganz viel Einfühlungsvermögen – da appelliere ich an die Lehrer, aber ich weiß, sie wissen das, wie schwierig das ist – den Kindern den besten Weg für die Entscheidung ebnen: Was mache ich im neuen Schuljahr? Wiederhole ich ohne Anrechnung? Versuche ich es, in den Sommerferien aufzuholen? Was tut die Klasse oder die Schule im neuen Schuljahr? Machen wir vielleicht einen Monat nur Wiederholung, bevor der neue Stoff beginnt? Das ist jetzt ganz wichtig, dass wir uns darüber Gedanken machen. Ansonsten ist es schon spät.

Vorsitzende Kirstin Korte: Herzlichen Dank, Frau Löchner. – Wir wenden uns dem Internet bzw. dem Äther zu. Herr Willert, Sie haben das Wort.

Harald Willert (Schulleitungsvereinigung Nordrhein-Westfalen e. V.): Danke schön. – Ich kann mich fast uneingeschränkt den Ausführungen von Frau Löchner anschließen. In Bezug auf das Abitur haben wir im Moment gar keine andere Möglichkeit. Ich halte allerdings auch die Abiturienten für die am besten vorbereiteten, wenn man auf alle Jahrgänge guckt. Da ist sicherlich die meiste Mühe verwendet worden.

Ich möchte aber auch an das Ende der Rede von Frau Löchner anschließen. Wir müssen endlich – angesprochen worden ist das schon im Herbst des vorigen Jahres – uns Gedanken darüber machen, was mit den ganzen Jahrgängen dazwischen geschieht, mit den Schülern, die jetzt noch fünf, sechs, sieben Jahre in der Schule sind, und wie wir mit diesen Lücken umgehen. Es hat meines Wissens noch keinen Versuch gegeben, festzustellen, wo welche Lücken sind, und vor allen Dingen eine Verschränkung, wer daran arbeiten soll oder kann. Es ist gefordert zum ersten Mal zum Schuljahresbeginn 2021 in den Mitwirkungsgremien, und es ist eigentlich nie inhaltlich aufgegriffen worden. Jetzt wird es Zeit. Jetzt nur so zu tun: „Ihr bekommt eine Versetzung unter bestimmten Umständen. Ihr könnt überlegen, ob ihr freiwillig wiederholt“ – ich wiederhole das, was Frau Löchner gesagt hat –, reicht für die Schulen nicht aus, um noch in Coronazeiten oder spätestens nachher im Sinne der Schüler und auch der Inhalte des Bildungsauftrages damit umzugehen. – Danke schön.

Vorsitzende Kirstin Korte: Herzlichen Dank, Herr Willert. – Herr Tempel macht weiter.

Andreas Tempel (Alexander-Coppel-Gesamtschule, Solingen [per Video zugeschaltet]): Danke für das Wort. – Die Frage war, ob das ein normales Schuljahr ist und ob man so tun kann, als ob es jetzt normal weiterginge. Gradmesser ist schon – es wurde erwähnt –: Wir wissen immer noch nicht, wie es ab Montag weitergeht. – Wir hangeln uns also im Augenblick von Woche zu Woche. Daran sieht man: Es ist kein normales Schuljahr, und es wird auch keines mehr werden, auch was die Abschlüsse angeht.

Ich wünsche mir ganz arg eine Kultur des Behaltens am Ende dieses Schuljahres, und zwar ganz grundsätzlich, und dass das intensiver so gehandhabt wird, als das vor einem Jahr im Sommer der Fall gewesen ist, um dann vielleicht zu gucken – dann haben die Schulen ihre Schüler noch –, wo die jetzt eigentlich stehen und wo und wie

gefördert werden muss. Das wurde ja auch schon angesprochen. Wir müssen uns eine neue Kultur des Förderns überlegen, und zwar über alle Schulformen hinweg.

Ich wünschte mir auch noch ganz dolle, dass Schulen nicht immer nur vom Gymnasium her gedacht wird. Wir haben überhaupt noch nicht über Grundschulen gesprochen und darüber, was sich da so alles tut, weil es hier nur um Abschlüsse geht. Ich weiß von Kollegen, die dort arbeiten, dass das ganz schwierig ist, ein erstes Schuljahr, das nur recht wenig Präsenzunterricht gehabt hat, auweia, und ein viertes Schuljahr, das jetzt an die weiterführenden Schulen geht: Mit welchen Kenntnissen eigentlich? Wie nehmen wir die Kinder in einem fünften Jahrgang in Empfang? Also, darüber muss sich meiner Meinung nach in der Politik Gedanken gemacht werden.

Und noch mal: Das ist kein normales Schuljahr, das wird keines mehr werden.

Ich denke auch, für die Q2 ist das jetzt gelaufen. Da können wir nur noch alle Kerzen in der Kirche anzünden und hoffen, dass es gut läuft, und alles, was wir dafür tun können, natürlich dafür tun, aber auch ganz viel seelische Aufbauarbeit leisten.

Aber auch mit den 10ern: Da läuft es genauso. Ich wiederhole noch mal den Appell, den ich jetzt aber von etlichen gehört habe: Bitte dezentrale Prüfungen.

Ach ja, noch der Hinweis: Ich kann das nur unterstreichen, was Herr Ott zusammengefasst hat. Ich denke, der Freischuss könnte sich auch auf ein nächstes Schuljahr beziehen. Der Abstand zwischen Haupttermin und Nachschreibetermin ist ja nur so kurz wegen der Verschiebung. Das geht natürlich tatsächlich nicht, diese ganzen Szenarien, die bis in die Sommerferien entwickelt wurde. Das stimmt ja. Das kann so nicht klappen. Einen Freischussternin könnte ja auch für das nächste Schuljahr gelten. Darüber sollte wirklich intensiv nachgedacht werden.

Ich hoffe, dass wir bald wissen, wie es ab Montag weitergeht.

Übrigens sind auch die Testungen zusätzliche Belastungen für die Schulen. Ich möchte das nur am Rande erwähnen, dass da jetzt Sets kommen, wo die Pufferlösung abgefüllt werden muss. Da sind die also nicht vorbereitet. Ich frage mich, ob demnächst ein Fünf-Liter-Kanister kommt, wo wir das abfüllen müssen. Das bringt uns alle richtig in Arbeit, weil wir es ja auch vor Unterrichtsbeginn machen wollen, denn Unterricht ist gerade richtig wichtig, wie wir jetzt schon mehrfach festgestellt haben. Also, da läuft es auch nicht so ganz rund. Kein normales Schuljahr! – Danke.

Vorsitzende Kirstin Korte: Herzlichen Dank, Herr Tempel. – Frau Schlottmann hat jetzt die Fragemöglichkeit.

Claudia Schlottmann (CDU): Vielen Dank, Frau Vorsitzende. – Ich verzichte jetzt auf eine Zusammenfassung der ersten Gesprächsrunde, aus der ich sicherlich andere Dinge mitgenommen habe als Herr Ott, und konzentriere mich lieber auf eine Frage.

Das Bildungssicherungsgesetz hat zum Ziel, eine möglichst große Sicherheit für Schüler und Schülerinnen und auch für Lehrer hervorzubringen. Frei nach dem Motto „Ich baue mir ein Bildungssicherungsgesetz“, wenn Sie ein Bildungssicherungsgesetz machen würden, was wäre Ihnen besonders wichtig, in dieses Bildungssicherungsgesetz

einzubringen, um die größtmögliche Sicherheit und auch Ruhe für das System, für die Schüler und Schülerinnen und für die Lehrer in der jetzigen Pandemiephase zu bringen? Meine Frage geht, weil ich ja nur drei darf, an Herrn Behlau, an Herrn Hilbk und an Herrn Christoffer.

Vorsitzende Kirstin Korte: Herr Behlau, Sie können gerne beginnen.

Stefan Behlau (Verband Bildung und Erziehung, Landesverband NRW): Frau Schlottmann, herzlichen Dank für diese äußerst offene Frage.

(Claudia Schlottmann [CDU]: War mir ein Vergnügen!)

Ich weiß gar nicht, wo ich anfangen soll und wo ich enden soll.

Das Bildungssicherungsgesetz umfasst ja vor allen Dingen die Punkte, die wir jetzt gerade schon sehr intensiv behandelt haben, nämlich die Punkte der Versetzungen und der Abschlüsse sowie der Erprobungsstufe. Ich glaube, da liegen ja die Stellungnahmen vor

Wenn ich mir jetzt etwas für die Schulen wünschen würde – ich interpretiere jetzt die Frage in diese Richtung –, so möchte ich an dieser Stelle anmerken: Ich glaube, es gibt zwei große Dinge, die wir momentan, was die Schuljahre angeht, anpacken müssen, wo wir gemeinsam dran müssen. Mit „gemeinsam“ meine ich wirklich gemeinsam. Das eine – das wurde schon mehrmals angekündigt – ist, die Gemeinsamkeit zu finden, wie wir dieses Schuljahr möglichst gut zu einem guten Ende für die Schülerinnen und Schüler und auch für die Lehrkräfte und das pädagogische Personal bekommen können. Das bedeutet aber natürlich auch – ich weiß, wie schwierig das ist – eine transparente und vorausschauende Planung, die momentan aufgrund – ich zitiere – des diffusen Infektionsgeschehens unwahrscheinlich schwierig ist.

Ich sage dazu – ich weiß, das hat mit dem Bildungssicherungsgesetz nichts zu tun, aber Herr Tempel hat es gerade treffend dargelegt –: Was momentan die Schulen vor die größten Probleme stellt, sind weniger die Ausbildungsprüfungsordnungen und die Bildungssicherungsgesetze, sondern es sind die Organisationsrahmen, die teilweise momentan gegeben werden. Wenn ich das Stichwort „Testungen“ in den Mund nehme, dann glaube ich, dass hier ganz viele Kolleginnen und Kollegen auch das Gefühl haben, dass die Verbitterung, der Fatalismus und – das möchte ich fast sagen – die Wut, die uns erreicht, momentan seit dieser Pandemie höchstens vergleichbar ist mit der Zeit nach dem ersten Lockdown. Da wird aber zurzeit lockdown-gestählt sind, würde ich das momentan sogar als Potenzierung sehen. Gleichzeitig gibt es aber auch eine Zerrissenheit in der Diskussion über die Testungen, was wiederum zeigt, dass wir insgesamt nach wie vor sehr zerrissen sind.

Was wir brauchen, um das Schuljahr gut zu Ende zu führen, ist eine gemeinsame Basis, eine gemeinsame Gesprächskultur in Ruhe darüber, wie wir das schaffen können, Lehrkräfte, Schülerinnen und Schüler und Eltern gestützt durch die Politik, die Politik von beiden Seiten, die ich hier unbedingt in die Verantwortung nehmen müsste.

Das Zweite – das muss parallel laufen; das ist hier schon mehrmals erwähnt worden – ist die so genannte Coronanachsorge. Wir möchten optimistisch sein und in das kommende Schuljahr schauen. Ich glaube, es ist wichtig, dass wir, so schwierig das ist, auch jetzt schon die Zeit nutzen, um in das kommende Schuljahr zu schauen. Wir müssen vor allen Dingen auf die Schülerinnen und Schüler schauen, die vor Übergängen gestanden haben. Herr Tempel hat den Jahrgang 1 erwähnt, hat den Jahrgang 4 erwähnt. Es gilt für die Jahrgänge 5, 6, 7 und 9, also für fast alle Jahrgänge. Es ist ganz wichtig, sich die Übergänge anzuschauen, im Übrigen auch die, die von der Kita in die Grundschule wechseln werden, denn auch diese Kinder stehen vor ganz anderen Herausforderungen, als das noch in den letzten Jahren gewesen ist. Auch darauf müssen wir gemeinsam schauen, damit wir eine transparentere, eine bessere und eine für alle nachvollziehbare Planung erreichen, um letztendlich unsere Kinder und Jugendlichen nicht alleine zu lassen, um aber auch die Eltern und auch die Lehrkräfte nicht alleine zu lassen, sondern weiterhin gute schulische Bildung zu ermöglichen.

Ich bin der festen Überzeugung, dass wir in der Lage dazu sind, denn wir haben verdammt gute Lehrkräfte, wir haben verdammt gutes pädagogisches Personal in den Schulen. Das hat das letzte Jahr gezeigt. Denn ohne den Einsatz der Kolleginnen und Kollegen an den Schulen wäre die schulische Bildung so, wie sie jetzt gewesen ist, nicht möglich gewesen.

Vorsitzende Kirstin Korte: Herzlichen Dank, Herr Behlau. – Herr Hilbk.

Michael Hilbk (Alexander-Hegius-Gymnasium Ahaus): Danke schön. – Ich glaube, ganz wichtig ist zurzeit wie eigentlich in jedem Schuljahr, nur jetzt schlägt das viel dringender auf, wie wir dieses Schuljahr beenden. Alle Beteiligten möchten diese Frage gerne beantwortet wissen, wie wir dieses Schuljahr verbindlich beenden. Es geht sicherlich um Versetzungen, Abschlüsse, Würdigung von Schülerleistungen. Darüber haben wir uns schon unterhalten.

Ganz wichtig ist, wie mein Vorredner gesagt hat, eine gemeinsame Basis in den Blick zu nehmen: Wo stehen wir? Was brauchen wir? – Also, Unterstützungsmaßnahmen in Bezug auf das nächste Schuljahr, Perspektiven. Da denke ich an personelle Ressourcen, die geschaffen werden müssen. Die müssen aber verbindlich geschaffen werden. Wir stellen am Ende des Schuljahres seit anderthalb Jahren fest, welche Rolle Technik spielt. Ich wünsche mir, so gut Pensionäre aus sind, frisch ausgebildetes Personal, das in die Schulen kommt und uns unterstützt. Ich wünsche mir personelle Ressourcen, die in kleinen Lerngruppen zu Beginn des Schuljahres nicht nur in zwei, drei Wochen, sondern ... Ein Schuljahr muss durchstrukturiert werden. Ich will Ihnen ein Beispiel nennen: Ich bin an einem Gymnasium im Ganztage. Ich habe ganz andere Möglichkeiten. Ich habe ganz andere Zeitfenster, die ich für diese Maßnahmen auch viel leichter öffnen kann, ich brauche aber Ressourcen.

Dann brauche ich eine personelle Sicherheit, denn es besteht die Schwierigkeit, Personen zu binden. Sobald wir junges Personal bekommen, jubeln alle, aber nach wenigen Wochen eröffnet sich für diese Person eine ganz andere Perspektive, und rechtlich habe ich keine Möglichkeiten. Auch hier sollte für Verlässlichkeit an den Schulen

gesorgt werden, dass die Lehrkräfteversorgung und die pädagogische Versorgung ... Und dann denke ich auch nicht nur an Schulsozialarbeiter, sondern auch an Schulpsychologen. Ich kann es mir in meinem Ganztage leisten, dass ich eine Schulpsychologin habe. Wenn ich kürzen muss, niemals an dieser Stelle. Was diese Frau in den Jahren geleistet hat, dass sie jetzt durch die Jahrgänge geht und in einem Schulfach „Glück“ mit Kindern ins Gespräch kommt, über Lebensperspektiven spricht ... Sie erhält von Eltern und Kindern alleine in diesem Fach sehr viel Zuspruch, was Optimismus angeht, was Möglichkeiten angeht usw. Da sehe ich die einzelne Schule in der Verantwortung.

Ich habe gerade „Coronanachsorge“ gehört. Das klingt medizinisch. Ich würde eher von Ausgleichsmaßnahmen sprechen. Ich glaube, das trifft es eher.

Darüber hinaus, wenn Sie mir diese eine Bemerkung noch gestatten, müssen wir auch mal über Schulträger sprechen. Wenn wir über Technik, über technische Unterstützung von Unterricht, von individueller Förderung sprechen, dann kann ich nicht nur das Land, die Kollegen und die Schulleitungen in die Pflicht nehmen, sondern ich muss an die Schulträger heran, die es über Jahre an vielen Schulen versäumt haben, für Strukturen zu sorgen. Wir arbeiten an meiner Schule – ich habe einen Schulträger, der das unterstützt – seit 2012 an diesen Strukturen. Seit 2014 habe ich iPad-Klassen. Die Schulaufsicht hat sich den Unterricht und das Ganze in Prüfungssituationen angesehen. Ich glaube, dass ich auch andere Bedingungen kennenlernen durfte. Aber der Blick ist schon geweitet, dass ich mich mit Kollegen darüber austausche, was möglich ist, was Kinder brauchen. Vor allem die Eltern spiegeln das ja auch.

In der Verantwortung ist also der Schulträger, die Schulleitungen und natürlich die Schulaufsicht. – Danke schön.

Vorsitzende Kirstin Korte: Herzlichen Dank. – Herr Christoffer.

Sven Christoffer (lehrer nrw): Wir stehen vor der Situation – das ist hier schon mehrfach angesprochen worden –, zum einen haben wir kein normales Schuljahr hinter uns, und wir haben keine normalen 365 Tage hinter uns. Auf der anderen Seite haben wir gerade in diesem Schuljahr anders, als noch Ende des letzten Schuljahres, sehr viel regelkonformen und hochwertigen Unterricht gehabt, zum Teil Distanzunterricht, Wechselunterricht, aber natürlich auch bis in den Dezember hinein lange Präsenzphasen. Das Bildungssicherungsgesetz müsste eben diese beiden Aspekte abbilden, die Anerkennung, es ist kein normales Schuljahr. Es bedarf einiger Nachteilsausgleiche für die Schülerinnen und Schüler. Auf gar keinen Fall dürfen wir dahin kommen, von einer „Coronageneration“ oder gar einer „verlorenen Generation“ zu sprechen. Die „verlorene Generation“ – das sehen Sie mir vielleicht nach als Deutsch- und Geschichtslehrer – ist die Kriegsgeneration oder das sind diejenigen, die aus dem Ersten Weltkrieg wiederkommen. Alleine der Gedanke, dass dieses Bild auf unsere Schülergeneration transferiert wird, kann ich nur ganz schwer aushalten. Gleichzeitig sollten, müssen sich diese Aspekte, Leistungsansprüche an die Schülerinnen und Schüler aufrechtzuerhalten, gleichzeitig aber einzugestehen, dass wir hier nicht ein Eins-zu-eins-Schuljahr gehabt haben wie in den Jahren zuvor, im Bildungssicherungsgesetz wider-

spiegeln. Zu großen Teilen sehe ich dieses Anliegen auch im Gesetzentwurf erfüllt. Insofern habe ich keine ausufernden Wünsche an das Bildungssicherungsgesetz.

Meine Bedenken gegen die zentrale Durchführung der Abschlussprüfung habe ich eben schon erläutert. Das muss ich nicht wiederholen.

Wenn Sie mich fragen, ob es noch eine andere Schülergruppe gibt, wo ich mir Sorgen mache, dass sie möglicherweise in Schullaufbahnen verbleiben, die für sie wenig geeignet sind, dann sind das die Kinder, die am Ende der Erprobungsstufe stehen. Auch da hätte ich mir gewünscht, dass wir da den Lehrkräften die Expertise zugebilligt hätten am Ende von zwei Jahren, von denen ja nur – in Anführungsstrichen – ein Jahr ein Coronajahr gewesen ist, aber zumindest das erste Jahr ein Jahr gewesen ist, in dem normaler Unterricht stattgefunden hat, und ihnen zutrauen, dass sie selbstverständlich in dieser Situation pädagogische Entscheidungen treffen und in Zweifelsfällen selbstverständlich nicht dazu neigen, abzuschulen. Hier sehe ich ein Stück weit die Gefahr, dass Eltern emotional entscheiden und möglicherweise im schlimmsten Fall eine falsche Entscheidung am Ende der Grundschule jetzt zwei Jahre später noch einmal wiederholen, was dazu führen kann, dass Schülerinnen und Schüler sehr lange in schulischen Laufbahnen verbleiben, die nicht ihren Fähigkeiten, Fertigkeiten und ihren Leistungen entsprechen.

Das wären vielleicht die beiden Punkte, wo ich sage, da gibt es noch eine gewisse Unwucht. Da hätte ich mir in beiden Fällen gewünscht, dass den Lehrkräften noch mehr Vertrauen geschenkt wird. Es ist ja auch noch nicht zu spät, nachzusteuern. Das sind also die beiden Punkte, die ich, wenn ich Wünsche an das Bildungssicherungsgesetz formulieren könnte, hier noch nachschärfen würde. – Danke schön.

Vorsitzende Kirstin Korte: Herzlichen Dank. – Jetzt Frau Müller-Rech.

Franziska Müller-Rech (FDP): Vielen Dank, Frau Vorsitzende. – Meine zweite Frage richtet sich an Frau Galilea, an Frau Nackmayr und an Herrn Käuser. Ich möchte jetzt den Blick noch einmal auf die Schülerinnen und Schüler der Abschlussklassen werfen, und zwar nicht nur, was die Abschlussprüfungen angeht, sondern auch, was den Übergang in das nachschulische Leben angeht. Mich interessiert, wie Sie den Gesetzentwurf hinsichtlich der Durchführung der zentralen Abschlussprüfungen, aber eben auch der möglichen Auswirkungen auf die Schülerinnen und Schüler der Abschlussjahrgänge bewerten. – Vielen Dank.

Vorsitzende Kirstin Korte: Frau Galilea, bitte.

Martina Galilea (Bezirksregierung Köln, Abteilung 4 – Schule): Danke, Frau Korte. – Als Fach- und Schulaufsicht bin ich natürlich bei der Qualitätssicherung der Abituraufgaben oder auch des gesamten Abiturprozesses sehr eng mit den jeweiligen Handelnden verbunden und habe da ein bisschen Einblick. Ich kann Ihnen sagen – das geht in Richtung Herrn Ott –, dass die Maßnahmen, die hier beschrieben worden sind, seit etwa Mitte des letzten Jahres vorbereitet worden sind. Also, alle Kommissionen arbeiten

seit etwa Mitte des letzten Jahres intensiv an diesen Maßnahmen und haben wirklich versucht, die sehr zentralen Grundsätze der Aufgabenentwicklung ganz besonders auch zu Zeiten der Pandemie zu gewährleisten, sodass zum einen Fairness gewährleistet – das will ich gleich noch erläutern – und zum anderen aber auch eine Qualität gesichert wird, damit das Abitur wertvoll bleibt wie in den letzten Jahren auch. Ein ganz gewichtiger Aspekt war – ich war selbst mit dabei –, dass die Konkretisierung und die Aufgaben ganz eng miteinander verbunden sind. Das heißt, die Schülerinnen und Schüler können sich darauf verlassen, dass nicht wie in den letzten Jahren die absolute Breite der Inhaltsfelder und ganz spezifische Thematisierungen fokussiert werden, sondern dass sich auf zentrale Kompetenzen und zentrale fachmethodische Strategien fokussiert wird und sie Dinge, die sie seit dem fünften Schuljahr gelernt haben und nicht zuerst in der Q1 oder Q2, abgefragt werden und dass dann in die Tiefe gegangen wird, um in den Anforderungsbereich 3 zu gehen.

Ich möchte Sie beruhigen – ich habe die Aufgaben gesehen –: Sie werden die Abiturprüfung gut bestehen. Ich möchte noch einmal darauf hinweisen, genau diese Maßnahmen haben wir auch schon vorbereitet. Die Maßnahmen für das letzte Herbstabitur 2020 der WBKs waren genau die gleichen. Da mussten wir sehr kurzfristig für das Herbstabitur umgestalten. Dieses Herbstabitur ist sehr gut, sehr ruhig verlaufen. Die Schülerinnen und Schüler waren sehr zufrieden. Das war für uns der Impuls, so weiterzumachen. Wir haben sehr intensiv an vielen Aufgaben gearbeitet, weil wir auch eine viel größere Anzahl an Aufgaben erarbeiten mussten. Und wir haben darauf geachtet, dass wirklich auch die Erwartungshorizonte so gestaltet werden, dass auf der einen Seite fachliche Inhalte, aber dann auch wirklich unterrichtlicher Kontext, den sie bearbeitet haben, berücksichtigt wird. Also, ich bin da sehr ruhig und denke, dass sie sehr ruhig und mit Orientierung in diese Prüfungen gehen können.

Ich hoffe, das hat genügt. – Danke.

Vorsitzende Kirstin Korte: Wir danken Ihnen herzlich und bitten jetzt Frau Nackmayr, die uns zugeschaltet ist, um ihr Wort.

Tanja Nackmayr (unternehmer nrw – Landesvereinigung der Unternehmensverbände Nordrhein-Westfalen e. V. [per Video zugeschaltet]): Vielen Dank, Frau Vorsitzende. – Ich bin heute, glaube ich, hier nicht so die ganz typische Teilnehmerin. Gleichwohl danke ich natürlich umso mehr für die Einladung.

Der Blick, den ich hier einbringen kann, ist der Blick derer, die quasi auf die Schulabgänger warten, die in ihre Ausbildung aufnehmen möchten, die Ausbildungsbetriebe. Der Blick dieser Gruppe ist nicht unbedingt einer, der sich auf schulpolitische Details richtet, wenn ich das so sagen darf. Wenn ich überlege, was unseren Unternehmen wichtig ist, dann ist es die Frage, was hinter einem Abschluss steckt, mit dem die jungen Menschen auf sie als Ausbildungsbewerber zukommen. Da ist es wichtig, dass Transparenz herrscht, was dahinter steckt. Aus unserer Sicht sind dafür Prüfungsstandards sehr wichtig. Insofern plädieren wir weiter für zentrale Abschlussprüfungen.

Natürlich ist den Betrieben auch klar, dass es kein Jahrgang wie jeder andere ist. Die ganzen Herausforderungen, die hier heute genannt wurden, können wir sehr gut nachvollziehen.

Ich möchte aber auch ein bisschen dafür werben, nicht nur auf die Defizite zu gucken. Natürlich wird den Betrieben klar sein, dass junge Menschen kommen, die schulisch vielleicht nicht so ausgebildet wurden wie manch anderer Jahrgang. Da sind Betriebe immer bereit, Defizite auszugleichen. Das haben sie im Einzelfall auch mit anderen Jahrgängen gemacht. Aber ich möchte auch dafür werben, durchaus mal auf die Kompetenzen zu gucken, die vielleicht der Jahrgang besonders erworben hat, ein anderer Jahrgang vielleicht nicht, vielleicht ein eigenständigeres Lernen usw. Ich glaube, dass wissen Betriebe zu schätzen und können das insgesamt einschätzen.

Wovor ich auch warnen möchte: Ich kann natürlich nachvollziehen, dass der mittlere Schulabschluss, das Abitur und die Prüfungen, die dahinterstecken, unterschiedlich sind, aber wenn ich den Blick von außen darauf richte, wenn man sagt: „Beim Abitur muss es bei den zentralen Abschlussprüfungen bleiben, beim mittleren Schulabschluss geht man einen anderen Weg“, dann sehe ich die Gefahr, dass man damit ein bisschen die Gleichwertigkeit der beiden Abschlüsse reduziert, sodass man doch den Eindruck gewinnt, das Abitur hat eine andere Wertigkeit. Das ist natürlich für uns, die für die berufliche Ausbildung stehen, schwierig, wo eben ganz viele mit einem mittleren Abschluss kommen. Davor würde ich warnen wollen.

Insgesamt, wenn ich den Blick nach vorne richten würde, würde ich mir auch wünschen, was jetzt schon oft angeklungen ist, dass wirklich geguckt wird, wie Schulen noch besser oder besser durch Corona kommen, solange Corona noch andauert – hoffentlich nicht so lange, aber wir wissen es ja alle nicht –, und welche Lehre man aus Corona ziehen kann, natürlich zum einen die Aufarbeitung der Defizite, die entstanden sind, aber auch andere Chancen im Sinne der Digitalisierung. Ich glaube, daraus können einige positive Lehren gezogen werden.

Was uns im Hinblick auf die Abschlussjahrgänge auch wichtig ist, ist, dass wir kurz- und mittelfristig noch stärker gucken, wie wir die unterstützen können, um Anschlussperspektiven gut realisieren zu können. Also, wie kann man die jungen Menschen, die jetzt den Schulabschluss machen, unterstützen, um einen Ausbildungsplatz zu finden? Bei diesen Prozessen stellen sich natürlich genau die gleichen Herausforderungen, die wir an vielen Stellen kennen, keine Präsenzformate, die sonst stattfinden, um Ausbildungsvermittlung durchführen zu können. Da noch mehr Unterstützung, das ist uns wichtig im Hinblick auf die Abschlussklassen. – Vielen Dank.

Vorsitzende Kirstin Korte: Herzlichen Dank, Frau Nackmayr. – Wir machen mit Ihrem virtuellen Nachbarn Herrn Käuser weiter.

Rüdiger Käuser (Westfälisch-Lippische Direktorenvereinigung [per Video zugeschaltet]): Frau Müller-Rech, ich kann an das anschließen, was meine beiden Vorrednerinnen schon ausgeführt haben. Der letzte Beitrag hat noch einmal deutlich gemacht, wie wichtig die Entscheidung war, an den Abschlussprüfungen festzuhalten, um mit Blick auf Relevanz in den Anschlussbiografien der jungen Menschen keine

Stigmatisierung im Sinne eines Coronajahrgangs vornehmen zu lassen. Gleichwohl wird man immer im Hinterkopf haben müssen, dass die Bedingungen für diesen Jahrgang sicherlich besondere waren, aber die Durchführung der zentralen Prüfungen – ich kann jetzt nur für das Abitur reden – und die Gewährleistung des Standards im Vergleich zu den Vorjahren ist aus meiner Sicht eine ganz wichtige Voraussetzung für die Anschlussfähigkeit mit Blick auf Berufsausbildung bzw. Studium für die jungen Menschen.

Was die Frage der Qualität der Abschlussprüfungen angeht, so kann ich aus meiner Sicht eines Verbandsvorsitzenden, aber auch aus der Sicht eines Schulleiters bestätigen, dass die Qualität des Abiturs in diesem Jahr gesichert ist, auch weil tatsächlich schon sehr früh, schon seit dem Frühsommer des letzten Jahres im engen Austausch mit den Verbänden darüber nachgedacht worden ist gemeinsam mit dem MSB und mit QUA-LiS, in welchen Formen und mit welchen Formatsänderungen auf die besondere Situation eingegangen werden kann.

Wir haben uns heute an einigen Stellen gegenseitig rückgemeldet, dass sich die Pandemieentwicklung anders dargestellt hat, als wir uns das alle vorgestellt haben. Wir haben uns alle vorgestellt, die meisten jedenfalls, dass wir schon in den Osterferien die eine oder andere Reise wieder unternehmen können. Das hat sich alles anders entwickelt. Aber – das will ich hier ausdrücklich positiv bewerten – die Gedanken, die sich schon sehr früh über die Anpassung der zentralen Prüfungen für das Abitur gemacht worden sind, sind aus meiner Sicht bis heute absolut zielführend und auch erfolgreich umgesetzt worden. Die notwendige Balance zwischen der Anpassung – Stichwort „Fairness“ – und der Qualitätssicherung scheint mir gelungen zu sein, soweit ich das generell als Einblick nehmen kann. Aber ich kann das insofern bestätigen, als mir das eigentlich von allen Kolleginnen und Kollegen rückgemeldet wird, die sich ja sehr intensiv mit den Prüfungsformaten auseinandergesetzt haben und die in allen Fächern bestätigt haben: Ja, das ist für die Schülerinnen und Schüler machbar.

Man hat hier, glaube ich, mit einer sehr großen Sensibilität für die einzelnen Fächer gearbeitet. Herr Willert hat vorhin etwas mit einem leichten Augenzwinkern gesagt. Ich möchte das noch einmal aufnehmen. Ich sehe das ganz genauso. Es ist möglicherweise sogar so, dass dieser Q2-Jahrgang einer der am besten vorbereiteten sein wird, weil sich alle Beteiligten in besonderer Weise den Schülerinnen und Schülern verpflichtet gesehen haben. Das, was jetzt allerdings noch bestehen bleibt, sind im Grunde die Unwägbarkeiten der individuellen Betroffenheit im Rahmen der Pandemieentwicklung. Das lässt sich nicht wegdiskutieren. Das ist ja auch schon an anderer Stelle angesprochen worden.

Gleichwohl zusammenfassend noch einmal die deutliche Bestätigung, wie gut es war, an dieser Entscheidung festzuhalten mit Blick auf Anschlussfähigkeit. Die Qualität der Abschlussprüfungen ist aus meiner Perspektive gesichert. – Danke schön.

Vorsitzende Kirstin Korte: Herzlichen Dank, Herr Käuser. – Die nächste Frage kommt von Frau Beer.

Sigrid Beer (GRÜNE): Vielen Dank, Frau Vorsitzende. – Ich kann an das anschließen, was Herr Käuser gesagt hat. Es gab schon seit längerem Stimmen in diesem Haus, die genau das nicht geteilt haben, was vorgetragen worden ist, spätestens vehement seit Oktober und November. Wir hatten auch in den Osterferien nicht plötzlich eine diffuse Infektionslage, sondern wir haben wissenschaftlich abgesichert sehr deutliche Entwicklungen ablesen können, und das auch schon im November, zum Jahreswechsel und jetzt wiederum. Dass heute noch nicht klar ist, wie es in der nächsten Woche weitergehen soll, ist auch einem diffusen Handeln zu verdanken, aber nicht einer diffusen Infektionslage und schon gar nicht einer wissenschaftsbasierten Politik. Das ist genau das Problem im Augenblick.

Ich glaube, dass noch einmal sehr deutlich geworden ist, dass wir hier unterschiedliche Ausgangslagen von Einzelschulen, aber auch von Schulformen haben. Ich habe eben auf die Schulstudie von Reintjes verwiesen. Da sind die Ausgangslagen in der Tat auch für Prüfungsvoraussetzungen andere. Darauf möchte ich gerne den Fokus richten.

Viele haben angedeutet, es geht nicht nur um die Abschlussjahrgänge, wenn wir dieses Jahr betrachten, sondern um die Jahrgänge insgesamt, um die schulische Situation und um Lebenslagen. Das ist sicherlich sehr wichtig. Was die Frage der Orientierungsstufe angeht, müssen wir, glaube ich, auch beachten, dass wir es hier mit G9 und einem Gymnasium zu tun haben, das bei allen Mangelsituationen ganz gut gegenüber anderen Schulformen ausgestattet ist. Jeder hat nun seinen Auftrag, den Kindern gerecht zu werden.

Ich will jetzt aber den Blick auf den Beginn der Schule richten. Wir haben die Debatte auch über Einschulungen und Einschulungskorridore. Die Gesundheitsämter sind derartig gefordert, dass auch die Einschulungsuntersuchungen zurzeit gar nicht in dem Umfang vorliegen. Nimmt man mit diesem Bildungssicherungsgesetz, das so spät gekommen ist – eigentlich viel zu spät – die Chance wahr, in diesem Jahr die Einschulung flexibler mit einem Einschulungskorridor zu machen? Dazu möchte ich gerne Frau Finnern, Herrn Behlau und Frau Staar fragen, ob es nicht da pandemiebedingt eine Flexibilität braucht, auf den gesamten Bildungsverlauf und die Übergänge zu schauen.

Vorsitzende Kirstin Korte: Vielen Dank. – Es startet bitte Frau Finnern.

Maika Finnern (Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft NRW): Vielen Dank. – Mit der Frage wird das angesprochen, was heute schon mehrfach angesprochen worden ist, wie wir das nächste Schuljahr gestalten können. Ich persönlich glaube, dass wir in den schulischen Kontexten sehr eng gebunden sind, was Zeiten angeht. Jetzt zu sagen, wir weitem den Korridor für das nächste Schuljahr, halte ich persönlich für schwierig.

Was ich aber für richtig halten würde, ist: Im Bildungssicherungsgesetz ist ja zum Beispiel etwas ausgesagt über die Sprachenprüfung, also über Delfin 4. Ich weiß, dass das rechtlich zusammenhängt, Delfin 4 zu machen, um eben einen Rechtsanspruch auf sprachliche Förderung zu haben und zu erzeugen. Aber ich glaube, dass man jetzt

quasi größer denken muss. Eine Verschiebung des Korridors ist aus meiner Sicht nicht zielführend.

Eher zielführend wäre, die Schulen – besonders die Grundschulen, besonders die Jahrgänge, die schon genannt worden sind – anders auszustatten. Wir werden in den nächsten Schuljahren eine sehr viel heterogenere Schülerklientel haben. Sehr viel heterogenere Voraussetzungen werden die mitbringen von den Kitas in die Grundschulen, aber auch von den Grundschulen in die weiterführenden Schulen. Das ist so. Die Schulen – deswegen muss man sich jetzt darüber unterhalten – müssen mehr Personal bekommen, mehr Möglichkeiten bekommen, individuelle Konzepte zu erarbeiten, wie sie Kinder und Jugendliche an die Schulen heranführen können. Das wäre für mich die Priorität, zu sagen, dass man das jetzt angeht und sagt: Wie bekommen wir möglichst viele Menschen, die Schulen dabei unterstützen können? Wie bekommen wir möglichst viele Freiheiten für Schulen, Konzepte zu erarbeiten und umzusetzen und bestmöglich ihre Schülerinnen und Schüler im nächsten Jahr da abzuholen, wo sie stehen. Das sagt man ja immer so. Ich glaube, es ist im nächsten Schuljahr noch mal wichtiger, das von allen Seiten sehr ernst zu nehmen, dass das so sein wird. Da müssen die Schulen befähigt werden.

Ich glaube, eine Verschiebung des Einstellungskorridors wäre nur eine Brücke, die ich organisatorisch nicht sinnvoll finde.

Vorsitzende Kirstin Korte: Herzlichen Dank. – Herr Behlau,

Stefan Behlau (Verband Bildung und Erziehung, Landesverband NRW): Herzlichen Dank. – Was den flexibleren Einschulungskorridor angeht, möchte ich mich der Kollegin Finnern anschließen. Das sähe ich zum jetzigen Zeitpunkt auch für zu spät und organisatorisch für die Schule nicht zu stemmen. Ganz im Gegenteil. Die Schulen brauchen – da liegt momentan das Problem – klare Vorgaben für die Eingangsklassen. Denn da gibt es momentan noch die Situation, dass nicht berücksichtigt worden ist, dass es die Möglichkeit des Wiederholens gibt auch in der Schuleingangsphase, und aufgrund dessen die Grundschulen, die im jahrgangsbezogenen Unterricht arbeiten, momentan noch nicht die Sicherheit haben, wie groß die Klassen sind. Das bedeutet, hier müssen Vorgaben kommen, damit die Schulen flexibler agieren können und wissen, wie viele Klassen sie einrichten können. Diese Vorgaben sind bis zum heutigen Tage leider immer noch nicht erschienen. Es gibt viele Schulen, die händeringend darauf warten, auch die Schulträger, die darauf warten, dass diese Vorgaben kommen, damit die Eingangsklassen im kommenden Schuljahr gebildet werden können.

Bezüglich der Grundschulen ist es unwahrscheinlich wichtig, dass die Zeit der Lehrkräfte und des pädagogischen Personals vor allen Dingen für die Schülerinnen und Schüler verwendet werden wird. Deswegen lautet der eindrückliche Appell, das Vorhaben der Landesregierung, die Lehrpläne in den Grundschulen zum kommenden Schuljahr umzusetzen, auf keinen Fall zu verwirklichen.

Wir richten uns nicht gegen eine fundierte Lehrplanarbeit in den Grundschulen, aber bitte alles zu seiner Zeit. Im kommenden Schuljahr muss die Zeit und die Aufmerksamkeit der Kolleginnen und Kollegen den Schülerinnen und Schülern gelten und nicht

neuen Lehrplänen. Ich meine, das ist sehr wichtig. Noch mal: Es muss geklärt werden, dass die Vorgaben für die Eingangsklassen den Regelungen angepasst werden. Das ist nicht einfach, und das wird uns bestimmt noch für zwei Jahre beschäftigen. Vor allem aber muss es Zeit für die Schülerinnen und Schüler anstatt für die Lehrplanarbeit geben.

Vorsitzende Kirstin Korte: Herzlichen Dank, Herr Behlau. – Frau Staar hat das Wort.

Anke Staar (Landeselternkonferenz NRW): Danke schön. – Ich muss mich immer wieder sortieren und manchmal kneifen, weil ich mich frage, ob ich wirklich im Hier und Jetzt bin. Ich vermisse den Blick auf das Wohl unserer Schülerinnen. Ich bin dankbar, dass wir abseits von Prüfungen diskutieren, weil ich das Gefühl habe, dass wir am besten nur Abschlussjahrgänge haben sollten, da man sich um die wenigstens kümmert. Wir haben aber auch sehr viele andere Schülerinnen und Schüler, insbesondere an den Grundschulen. Wenn ich mir die heutige Sachverständigenzusammensetzung anschau, wundere ich mich, dass nicht ein einziger Grundschulvertreter eingeladen wurde bzw. anwesend ist.

Herr Behlau, ich komme ins Staunen. Was die Lehrplanentwicklung angeht – d'accord. Aber wir kommen nur durch die nächsten Jahre, wenn wir endlich anfangen, die Wissenschaft ernst zu nehmen. Wir werden in diesem, im nächsten und wahrscheinlich auch im übernächsten Jahr kein Regelschuljahr haben. Wir müssen jetzt auf das Wohl der Schüler achten und uns darum bemühen, Schule insgesamt zu stärken. Die 1 Milliarde Euro, die zur Verfügung gestellt worden ist, müssen endlich in den Schule ankommen und die Lehrkräfte müssen die Möglichkeit haben, jetzt schon damit zu planen.

Fast 30 % der Grundschulen sind mittlerweile bei einer Größenordnung von 29 oder 30 Kindern pro Klasse. Bevor wir über Veränderungen bezüglich der Einschulungen sprechen oder einem Prüfungsdogma folgen, sollten wir darüber nachdenken, wie wir für die kommenden Jahre die Voraussetzungen für gelungene Bildung schaffen können. Es darf nicht um Vergleichbarkeit, Prüfungen und Abschlüsse gehen, wir müssen zunächst Fähigkeiten und Talente fördern und entsprechend investieren.

Das gelingt den Schulen nicht mit den derzeitigen Ressourcen, wir werden in den nächsten Jahren viel mehr benötigen, um die Lehrkräfte zu entlasten bzw. zu unterstützen. In diesem Zusammenhang geht es auch um Hygienemaßnahmen, Testungen und Ähnliches, das jetzt auf die Schulen zukommt.

Wir brauchen mehr Räume und mehr Personal. Es gilt, zu berücksichtigen, dass sich die Vorgaben im nächsten Jahr mit Sicherheit nicht ändern werden. Man muss auf Abstand bleiben und die Klassen verkleinern, sich aber trotzdem begegnen können; es muss so viel wie möglich in Präsenz stattfinden. Gerade im Zusammenhang mit den Grundschulen muss uns doch deutlich geworden sein, dass es in Distanz nicht gelingt und wir Präsenzeinheiten brauchen, weil es um soziale Entwicklungen und Fähigkeiten geht, denen wir via Bildschirm nicht gerecht werden können.

Daher würde ich mir wünschen, dass wir anfangen, darüber nachzudenken, wie wir die verfügbaren Ressourcen gemeinschaftlich besser nutzen können. Es darf keine Unterscheidung mehr geben, ob dafür das MKFFI, das MAGS oder das MSB zuständig ist, stattdessen muss ressortübergreifend geprüft werden, welches Personal zur Verfügung steht und wie nachrangiges pädagogisches Personal oder Verwaltungsassistenten gefunden werden können. Nur so haben die Schulen im kommenden Jahr überhaupt eine Chance, die Schüler in ihrer Entwicklung zu fördern und die Familien zu entlasten. Gerade der Grundschulbereich ist hochsensibel, da es dort nicht nur um die Förderung bzw. Bildung der Schüler, sondern auch um Betreuung geht. Das ist – da müssen wir uns ehrlich machen – eine existenzielle Notwendigkeit für die Familien. Wir können das nicht mehr separat denken, sondern müssen es vielmehr zusammen denken, ansonsten fliegt es uns in den nächsten Jahren um die Ohren.

Vorsitzende Kirstin Korte: Vielen Dank, Frau Staar. – Herr Seifen, bitte.

Helmut Seifen (AfD): Frau Vorsitzende, vielen Dank. – Erlauben Sie mir eine kurze Bemerkung, bevor ich mit meiner Frage beginne: Ich finde es unerträglich, dass einige Abgeordnete, vor allem zu Ihrer Linken, es sich angewöhnt haben, Sachverständige zu schurigeln, deren Meinungen ihnen nicht passen. Ich denke, das gehört nicht hier hin. Die Sachverständigen haben keine Möglichkeit, in die Debatte einzugreifen und sich zu wehren. Ich wäre froh, wenn sich das nicht wiederholen würde.

Zum Thema: Es geht um Schullaufbahnen, und es geht darum, dass die jungen Menschen auf einen Weg gebracht werden, der in großen Teilen ihr Schicksal bestimmt, auch wenn in unserem offenen Schulsystem der zunächst beschrittene Weg – Gott sei Dank! – auch gewechselt werden kann. Trotzdem sind wir gehalten, die jungen Menschen und deren Eltern sehr sorgfältig zu beraten.

Ich greife Frau Schlottmanns sehr offen gestellte Frage auf, möchte sie aber spezifizieren. Frau Löchner hatte etwas über den besten Weg für die Entscheidungen gesagt, weshalb sich meine Frage an sie, Herrn Radke sowie Frau Halley bzw. Herrn Niebuer richtet – wer antwortet, entscheiden Sie.

An einigen Schulen gibt es nicht nur Zeugnis- bzw. Versetzungskonferenzen, sondern im Vorfeld, etwa im November und im Mai, auch verpflichtende Beratungskonferenzen, in denen sich alle unterrichtenden Lehrer einer Klasse über die jeweiligen Leistungsstände austauschen. Hintergrund ist, dass man als Lehrer manchmal wenig über die jeweils anderen Fächer weiß und so beispielsweise erfahren kann, dass Lilly auch bei anderen Kollegen Schwierigkeiten hat oder umgekehrt sehr gut ist.

Wäre es nicht sinnvoll, wenn das, anstatt auf Freiwilligkeit zu basieren, als fester Bestandteil im Gesetz vorgesehen wäre? Nach einer solchen Beratungskonferenz könnte man mit den Eltern und dem Schüler rechtzeitig vor der Versetzungskonferenz in ein Beratungsgespräch eintreten. Ich persönlich habe damit sehr gute Erfahrungen gemacht.

Vorsitzende Kirstin Korte: Frau Löchner, bitte.

Jutta Löchner (Landeselternschaft der Gymnasien in Nordrhein-Westfalen e. V.):

Herzlichen Dank. – Da gebe ich Ihnen völlig recht. Wir sagen schon seit Jahren, dass Lehrer und Schüler sich solche Konferenzen zwischen den Versetzungskonferenzen wünschen würden. Dort kann man sich über die einzelnen Kinder austauschen, die bei unterschiedlichen Lehrern bzw. in unterschiedlichen Fächern unterschiedliche Leistungen erbringen, um so ihr Potenzial zu erhöhen. Das hilft auch den Lehrern, die das vorher vielleicht nicht immer erkannt haben. Wir müssen aber feststellen, dass nach den Osterferien noch lange nicht klar ist, wie lange wir in Distanz bleiben, weshalb natürlich die Frage zu stellen ist, wann so eine Konferenz überhaupt sinnvoll wäre.

Ich setze es eigentlich als selbstverständlich voraus, dass man sich in der Schulgemeinschaft – in der Lehrer, Eltern und Schüler angesichts dieser Krisensituation noch viel enger zusammenarbeiten müssten – frühzeitig darüber unterhält, wie die Kinder mit den unterschiedlichen Ausgangssituationen zurechtkommen. Dass das in diesem Gesetz oder von mir aus auch in einer Verordnung berücksichtigt wird, halte ich für extrem wichtig. Ich hoffe, dass die meisten Schulleiter das auch jetzt schon für notwendig erachten und bitte darum, das immer und überall zu machen.

Die Unterschiede bei der Beurteilung durch die Lehrer sind riesengroß, weshalb man sich im Rahmen eines solchen Austauschs die Zeit nehmen sollte, jedes Kind genau in den Blick zu nehmen. So kann man feststellen, wo man es wirklich fördern kann und wer das macht, weil er vielleicht den besten Draht zum jeweiligen Kind hat. Das ist ein expliziter Wunsch. – Danke.

Vorsitzende Kirstin Korte: Herzlichen Dank, Frau Löchner. – Frau Halley.

Sophie Halley (Landeschüler*innenvertretung NRW): Grundsätzlich kann man sich solche Beratungskonferenzen an den Schulen vorstellen. Voraussetzung für uns wäre aber, dass daran nicht nur Lehrkräfte teilnehmen, sondern auch diejenige Schülerin, um die es jeweils geht. Wenn die betroffene Schülerin bzw. der Schüler es möchten, könnten im Zweifel auch ein Klassensprecher, Stufensprecher oder Schulsprecher dabei sein. Schließlich möchte man all den Lehrkräften, mit denen man Unterricht hat, nicht allein gegenüber sitzen. Außerdem braucht man vielleicht jemanden, der in einer ähnlichen Situation ist wie man selbst, um sich darüber zu beraten, was man machen kann. Je nachdem, wie alt die Schüler*innen sind, sollten auch die Eltern dabei sein. In der Oberstufe ist das vielleicht nicht notwendig, aber in der Unterstufe und in der Grundschule auf jeden Fall.

In diesem Zusammenhang kann man direkt erwähnen, dass wir allgemein mehr Mitbestimmungsrechte an Schule brauchen. So muss es beispielsweise bei den Fachkonferenzen mehr Partizipation geben. Anstatt nur dabeisitzen und zuhören zu dürfen, sollten die Schüler*innen beispielsweise mitbestimmen können, was für Lehrbücher ihnen vorgelegt werden.

Im Zusammenhang mit den vielen Beschlüssen im Rahmen der Pandemie liegen die wenigen Kompetenzen an Schule nur bei den Schulleitungen, und die Schulkonferenzen werden völlig außen vor gelassen. Sie sollten aber beteiligt werden, damit zum Beispiel über die Wechselmodelle nicht ausschließlich die Schulleitungen bestimmen.

Diese können natürlich Entwürfe vorlegen und darüber informieren, was tatsächlich umsetzbar ist, aber dann müssen die Schulkonferenzen darüber beraten. Dann könnten die Schüler*innen beispielsweise mit darüber entscheiden, wo der Sportunterricht durchgeführt wird oder ob man sich als nichtsportliche Betätigung stattdessen mit Ernährungswissenschaften befasst. Man müsste den Schüler*innen und den Eltern den Raum und die Kompetenzen geben, sich in dieser Form einzubringen, und dafür braucht es im Zweifel eine Vorschrift. Es gibt zwar Schulen, an denen das gemacht wird, weil die Schulleiter das nicht alleine entscheiden wollen, aber das ist definitiv eine Minderheit.

Um durch diese Pandemie irgendwie durchzukommen, brauchen wir alle an Schule Beteiligten. Das meint nicht nur die Verbändegespräche mit der Frau Ministerin, vielmehr sollte man sich auch an kleinen Schulen mit dem jeweiligen Schulträger bzw. dem Gesundheitsamt zusammensetzen, um etwa zu prüfen, ob in den jeweiligen Gebäuden Lüftungsanlagen zu realisieren sind oder nicht. Derartige Möglichkeiten müssen im Zweifel auch erzwungen werden, schließlich wird im Zusammenhang mit der Testpflicht nicht anders verfahren.

Vorsitzende Kirstin Korte: Herzlichen Dank, Frau Halley. – Herr Radke, bitte.

Ralf Radke (Landeselternschaft der integrierten Schulen in NRW e. V. [per Video zugeschaltet]): Sehr geehrte Frau Vorsitzende, vielen Dank. – Kommunikation zwischen allen Beteiligten ist natürlich sehr wichtig. Das ist gerade während der Pandemie essenziell. Lehrer berichten, dass Schülerinnen und Schüler im Rahmen des Distanzunterrichts einfach verschwinden. Man hat sie nicht mehr auf dem Schirm, weil sie im häuslichen Umfeld so sehr versacken, dass sie nicht mehr erreichbar sind.

Um ein krasses Beispiel zu nennen: Gestern rief mich der Pflegschaftsvorsitzende der Gesamtschule Bockmühle in Essen an und berichtete mir, dass Lehrer auf der Schulkonferenz von Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund erzählt hätten, die mit ihren Eltern zu Hause in ihrer Muttersprache reden würden und im Vergleich zum vorigen Jahr in ihrer Sprachfähigkeit nicht nur stehen geblieben seien, sondern sogar Rückschritte gemacht hätten. – Im Zusammenhang mit den ZP 10 machen wir uns enorme Sorgen, wie das aufgefangen werden kann. Dafür ist ein Dialog zwischen allen Beteiligten, also Lehrerinnen und Lehrern, Schülerinnen und Schülern sowie Eltern, sehr wichtig und müsste eigentlich selbstverständlich sein.

Ich bin immer wieder erstaunt, wenn ich in Verbänderunden von einigen Lehrerverbänden und Schulleitungen mitbekomme, dass diese das als sehr aufwendig und als nicht prioritär betrachten. Weil es aber so essenziell ist, bin ich dafür, dass es mittels einer Rechtsnorm verpflichtend wird.

Vorsitzende Kirstin Korte: Herzlichen Dank, Herr Radke. – 15 Minuten haben wir noch. Mein Vorschlag lautet: Jede Fraktion richtet eine kurze Frage an eine Person, ohne ein Statement abzugeben. Dann schaffen wir es noch. Ich würde gerne ein wenig Gerechtigkeit gewährleisten. – Herr Ott, bitte suchen Sie eine Person aus und stellen eine kurze, knackige Frage.

Jochen Ott (SPD): Ich mache es kurz, hätte allerdings gerne die Schülervvertretung und Herrn Tempel gefragt. Wir haben jetzt rund zwei Stunden miteinander gesprochen. Ich würde gerne wissen, ob das, was wir hier diskutiert haben, der Realität bzw. dem entspricht, was Sie vor Ort wahrnehmen. Fühlen Sie sich mit Ihren Bedürfnissen ernst genommen?

Vorsitzende Kirstin Korte: Herr Kollege, wer? Frau Halley oder Herr Tempel?

Jochen Ott (SPD): Ich lasse der Schülervvertretung den Vortritt. Ich denke, das geht für den Kollegen Tempel in Ordnung.

Vorsitzende Kirstin Korte: Frau Halley, bitte.

Sophie Halley (Landesschüler*innenvertretung NRW): Ich antworte kurz: nein, nicht wirklich. Insbesondere die Bemerkung, dass dieser Abiturjahrgang der am besten vorbereitete sei, den es je gegeben habe, trifft überhaupt nicht zu. Im Vergleich mit den anderen Jahrgangsstufen kümmert man sich um die Abiturienten besser, da sie häufiger in Präsenz sind, und das ist definitiv der bessere Unterricht. Trotzdem ist das nicht ansatzweise mit dem Unterricht gleichzusetzen, den es vor der Coronapandemie gab.

Das fängt schon bei den Masken an, da diese die Konzentration stören und man nicht mehr so gut zuhören kann, wie man es eigentlich gerne tun würde. Wenn man ins Wochenende geht und in der folgenden Woche Distanzunterricht ansteht, weiß man manchmal nicht, ob man in der Woche darauf wieder in die Schule kommen kann. Je nach Wechselmodell ist manchmal auch am Ende der Woche noch unklar, wie es am Anfang der Woche weitergeht.

Weil der Fokus auf Prüfungen in unserer Gesellschaft so fest verankert ist, haben Schüler*innen das Gefühl, sich nicht auf das konzentrieren zu können, auf das sie sich konzentrieren sollten. Sie trauen sich nicht, an die Lehrkraft des Vertrauens heranzutreten und zu sagen, dass es ihnen schlecht geht, weil sie Angst haben, dass dann zugunsten der seelischen Gesundheit wichtiger Unterrichtsstoff verpasst wird. Die Schüler*innen wägen also derzeit ab, ob die eigene Gesundheit oder Prüfungen wichtiger sind. Das sollten sie, unabhängig von der jeweiligen Situation, niemals tun müssen.

Vorsitzende Kirstin Korte: Vielen Dank, Frau Halley. – Frau Schlottmann, bitte.

Claudia Schlottmann (CDU): Frau Vorsitzende, meine Damen und Herren, es gäbe noch viele Fragen zu stellen, und ich meine, dass der heutige Austausch nur ein Anfang war. Da mir noch das eine oder andere fehlt, würde ich mir die Freiheit nehmen, Sie mit gezielten Fragen anzuschreiben. Für den Moment beschränke ich mich darauf, mich herzlich bei Ihnen zu bedanken, dass Sie heute hier waren.

Vorsitzende Kirstin Korte: Herzlichen Dank, Frau Schlottmann. – Frau Müller-Rech.

Franziska Müller-Rech (FDP): Vielen Dank, Frau Vorsitzende. – Noch nicht angesprochen haben wir die Lehramtsausbildung bzw. die Sicht der Lehramtsanwärterinnen und Lehramtsanwärter. Ich hätte das gerne weiter aufgefächert und mehr gehört, aber jetzt beschränke ich mich auf Frau Galilea: Wie bewerten Sie die Anpassungen, die bei der Lehramtsausbildung im Rahmen des Bildungssicherungsgesetzes vorgenommen werden?

Vorsitzende Kirstin Korte: Herzlichen Dank. – Frau Galilea, bitte.

Martina Galilea (Bezirksregierung Köln, Abteilung 4 – Schule): Ich denke, die Maßnahmen sind sehr pragmatisch auf die jetzige Situation bezogen. Bestimmte Prüfungsbedingungen und Auslandsaufenthalte werden miteinbezogen bzw. können nachgeholt werden. Ich nehme es so wahr, dass in der Referendarausbildung ähnlich gehandelt wird. Meinem Gefühl nach wird die Lehramtsausbildung mit den Maßnahmen, die hier vorgesehen sind, adäquat sichergestellt.

Vorsitzende Kirstin Korte: Herzlichen Dank, Frau Galilea. – Es geht weiter mit Sigrid Beer.

Sigrid Beer (GRÜNE): Meine Frage geht an Herrn Tempel: Was bedeutet es für die Schülerinnen und Schüler angesichts der Fokussierung auf die Prüfungen in der Praxis, wenn während der Abitur- bzw. Zehnerprüfungswochen Quarantänen greifen?

Vorsitzende Kirstin Korte: Herr Tempel, Sie haben das Wort.

Andreas Tempel (Alexander-Coppel-Gesamtschule, Solingen [per Video zugeschaltet]): Danke für die Worterteilung. – Wir haben uns mit dem Sprecherrat – in Solingen gibt es einen solchen –, dem Gesundheitsamt und der Beigeordneten für Schule digital kurzgeschlossen, um das in den Blick zu nehmen. Die Leiterin des Gesundheitsamtes hat Pendelquarantänen erdacht, für den Fall, dass wirklich etwas Schlimmes passieren sollte. Das alles ist schwierig zu handhaben, da man mehr Aufsichten und mehr Räume haben muss. Vielleicht müssen auch Jahrgänge zu Hause bleiben, weil man es ansonsten nicht mehr gestemmt bekommen würde. Auch diesbezüglich ist das also kein normales Schuljahr.

Wir werden die Turnhallen nutzen, um die Prüfungen schreiben zu können. Wir wissen aber jetzt schon, dass wir mit den Turnhallen in mehreren Fällen nicht hinkommen werden, sodass wir auf die 13er-Räume werden ausweichen müssen, aber die Aufsichten, die wir verstärkt einsetzen müssen, sind nicht da.

Wir haben noch nicht darüber gesprochen, wie viele Kolleginnen und Kollegen im Zusammenhang mit Corona ausfallen, weil sie ein entsprechendes Attest vorweisen können oder weil sie aufgrund einer eigentlich hochoberflächlichen Schwangerschaft nicht

zur Verfügung stehen. Dass diese Kolleginnen und Kollegen nicht unterrichten dürfen, belastet uns sehr.

Ich habe mich sehr gefreut, dass die Schülervereinerin gerade noch einmal zu Wort gekommen ist. Ich hätte es nicht besser sagen können.

(Heiterkeit von Sophie Halley [Landeschüler*innenvertretung NRW])

Man muss von den Schülerinnen und Schülern hören, was das für sie bedeutet. Wir reden zu viel über und zu wenig mit den Schülerinnen und Schülern. Die kleine Wende gerade hat mich sehr gefreut. In Bezug auf den Q2-Jahrgang sehe ich das genauso. Von den Jahrgängen, die jetzt vorbereitet worden sind, war das sicher der beste, das kann man aber nicht mit den Vorbereitungen der vergangenen Abiturjahrgänge vergleichen.

Ich freue mich sehr für alle Schulen, an denen es gut gelaufen ist und die besser als sonst vorbereitet sind. Ich kann aber für unsere und für viele andere Schulen, die ich vertrete, sagen, dass das dort nicht der Fall ist. Dort ist es vielmehr so, wie die Schülerin es gerade geschildert hat. – Danke.

Vorsitzende Kirstin Korte: Herzlichen Dank, Herr Tempel. – Die letzte Frage kommt von Herrn Seifen.

Helmut Seifen (AfD): Vielen Dank, Frau Vorsitzende. – Ich möchte eine Personengruppe in den Blick nehmen, die heute, vielleicht zu Recht, nicht im Vordergrund stand, aber trotzdem sehr stark negativ beeinflusst wird: die Lehramtsanwärter an den verschiedenen Schulen. Da ich nur eine Person fragen kann, richte ich meine Frage an Frau Mistler.

Es gibt Lehramtsanwärter und Lehramtsstudierende. Es müssen viele Praktika abgeleistet werden, insbesondere das Praxissemester, das nicht unumstritten ist, obwohl man sich daran gewöhnt hat. Was halten Sie davon, aufgrund der vorherrschenden Schwierigkeiten auf Praktika zu verzichten und dafür andere Dinge, wie etwa das Universitätsstudium, vorzuziehen? Könnten Sie diesen Weg in der derzeitigen Ausnahmesituation akzeptieren oder meinen Sie, dass die Praktika auf jeden Fall alle durchgeführt werden müssen? – Vielen Dank.

Vorsitzende Kirstin Korte: Herzlichen Dank. – Frau Mistler, bitte.

Sabine Mistler (Philologen-Verband Nordrhein-Westfalen): Danke. – Ich bräuchte eine Klarstellung: Es gibt die Studierenden, die das Praktikum machen und die Lehramtsanwärter, die an den Schulen sind.

Helmut Seifen (AfD): Bitte verzeihen Sie, ich habe mich vielleicht missverständlich ausgedrückt. Ich meinte nicht die Lehramtsanwärter, sondern die Studierenden.

Sabine Mistler (Philologen-Verband Nordrhein-Westfalen): Ich halte die Regelungen bezüglich der Praxisanteile an den Schulen für sehr wichtig, auch in dieser Situation. Natürlich muss das angemessen organisiert werden, und der Schutz aller Beteiligten muss gewährleistet sein. Ich würde den jungen Menschen aber nicht die Möglichkeit nehmen wollen, an die Schulen zu gehen und dort die Praxis kennenzulernen. Zwar sieht es dort gerade ganz anders aus als sonst, aber das ist nun mal Teil unserer derzeitigen Wirklichkeit, und wir wissen nicht, wie es weitergehen wird. Ich würde darauf also nicht verzichten wollen.

Vorsitzende Kirstin Korte: Herzlichen Dank. – In diesem Dank schließe ich auch die Technik ein, die dafür Sorge getragen hat, dass wir einen guten Empfang hatten. Außerdem bedanke ich mich ausdrücklich bei den Damen und Herren des Sitzungsdokumentarischen Dienstes, die sich freundlicherweise bereit erklärt haben, uns das Protokoll so zeitig zur Verfügung zu stellen, dass wir am nächsten Mittwoch darüber sprechen können.

(Allgemeiner Beifall)

Ganz herzlich bedanke ich mich auch bei den Damen und Herren Sachverständigen dafür, dass sie uns mit ihrem Wissen weitergeholfen haben. Wir werden das entsprechend bewerten und bearbeiten. Ich hoffe, es fließt auch etwas davon in das Zweite Bildungssicherungsgesetz ein. In der Regel kommen Gesetze jedenfalls nie so aus dem Verfahren heraus, wie sie hineingegangen sind. Dazu haben Sie dann ein Stück weit beigetragen.

Allen Kolleginnen und Kollegen wünsche ich einen angenehmen Tag. Wir sehen uns spätestens nächste Woche Mittwoch bei der regulären Sitzung des Schulausschusses.

gez. Kirstin Korte
Vorsitzende

Anlage

19.04.2021/21.04.2021

23

Anhörung des Ausschusses für Schule und Bildung

Gesetz zur Sicherung von Schul- und Bildungslaufbahnen im Jahr 2021 (Zweites Bildungssicherheitsgesetz)

Gesetzentwurf der Landesregierung, Drucksache 17/13092

am 14. April 2021,
10.00 Uhr bis max. 12.30 Uhr, Plenarsaal

Tableau

eingeladen	Teilnehmer/innen	Stellungnahme
Landeselternschaft der integrierten Schulen LEiS Ralf Radke, 1. Vorsitzender Steffen Bundrück Dortmund	Ralf Radke Steffen Bundrück	ja
Landeselternkonferenz LEK NRW Anke Staar, 1. Vorsitzende Dortmund	Anke Staar Astrid Bauer	17/3774
Landeschüler*innenvertretung NRW Moritz Bayerl, Landesvorstand Düsseldorf	Thomas Niebuer Sophie Halley	17/3760
GEW NRW Maike Finnern, Landesvorsitzende Essen	Maike Finnern	ja
VBE NRW Stefan Behlau, Landesvorsitzender Dortmund	Stefan Behlau	17/3761
Andreas Tempel GE SG Schulleiter Alexander-Coppel-Gesamtschule Solingen	Andreas Tempel* *) zugeschaltet per Videokonferenz	---
Schulleitungsvereinigung NRW Harald Willert, Vorstand Voerde	Harald Willert	17/3776

eingeladen	Teilnehmer/innen	Stellungnahme
Landeselternschaft Gymnasien in NRW Jutta Löchner, Vorsitzende Düsseldorf	Jutta Löchner	17/3762
Westfälisch-Lippische Direktorenvereinigung Vorsitzender Rüdiger Käuser Fürst-Johann-Moritz-Gymnasium der Stadt Siegen Siegen-Weidenau	Rüdiger Käuser *) zugeschaltet per Videokonferenz	17/3775
Rheinischen Direktorenvereinigung OStD Martin Sina 1. Vorsitzender Abtei-Gymnasium Brauweiler Pulheim		
Martina Galilea Dezernat 43 Bezirksregierung Köln Köln	Martina Galilea	---
Sven Christoffer (Lehrer NRW) Linnich	Sven Christoffer	17/3759
Sabine Mistler Philologen-Verband Nordrhein-Westfalen Düsseldorf	Sabine Mistler	17/3756
unternehmer NRW Landesvereinigung der Unternehmensverbände Nordrhein-Westfalen e.V. Dipl.-Pol. Tanja Nackmayr Düsseldorf	Tanja Nackmayr* *) zugeschaltet per Videokonferenz	ja
Michael Hilbk Schulleiter Alexander-Hegius-Gymnasium Ahaus	Michael Hilbk	17/3773